



GERECHTIGKEIT  
FRIEDEN  
SCHÖPFUNG



## **Arbeitshilfe zur Reform der Sozialsysteme**

**Beschlossen von der Süddeutschen Jährlichen Konferenz (SJK)**

**der EmK 2004 in Reutlingen**

Die SJK der EmK hatte auf ihrer Tagung 2003 in Heilbronn eine Stellungnahme

### **„Für einen gerechten, solidarischen und nachhaltigen Umbau der Sozialsysteme“**

verabschiedet und gleichzeitig einen Ausschuss mit Personen aus den Bereichen „diakonische Aufgaben“ sowie „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ beauftragt, der SJK 2004 Materialien vorzulegen, die geeignet sind, Einzelne und Gemeinden anzusprechen und zu diakonischem und politischem Handeln anzuregen und zu befähigen. Dieser Ausschuss „Reform der Sozialsysteme“ hat mehrfach getagt und legt folgende Arbeitshilfe vor:

Diese Arbeitshilfe „Reform der Sozialsysteme“ hat folgenden Aufbau

1. Wo leben wir - ökonomische und soziale Wirklichkeit persönliche Statements
2. Wo leben wir - ökonomische und soziale Entwicklung und Wirklichkeit Sachstandsdarstellung
3. Biblische und methodistische Reflexionen
4. SOZIALE GERECHTIGKEIT
5. Beschluss der SJK 2003 zum Umbau der Sozialsysteme
6. Praxisanregungen

-

-

### **1. Wo leben wir - persönliche Statements**

#### **1.1 Arbeitslos - und dann 50% weniger Lohn**

Arbeitslosigkeit war lange Zeit in den meisten unserer Gemeinden ein Problem, das man zwar kannte, in der Regel aber aus sicherer Entfernung. Immer häufiger sind nun auch Menschen aus unserer nächsten (Gemeinde-)Umgebung betroffen. So erlebte auch J., dass er durch den Konkurs seines Arbeitgebers völlig überraschend ohne Arbeit war. In einer strukturschwachen Region und als über 40-jähriger merkte er schnell, dass die Chancen auf eine

neue Arbeitsstelle sehr gering waren. Seine damalige Situation war geprägt von Frustration und existentieller Verunsicherung. Wie sollte die Familie versorgt werden?

In dieser Zeit erlebte J. seine Gemeinde als Rückhalt. Er fand hier Menschen, bei denen er los- werden konnte was ihn bedrückte. Hier fühlte er sich verstanden und im Gebet getragen. Nach einigen Monaten fing er an sich zunehmend in einem sozial-diakonischen Projekt der Gemeinde zu engagieren und übernahm die Rolle des Hausmanns. Seine Frau hatte die Möglichkeit durch schlecht bezahlte Jobs etwas zum Lebensunterhalt beizutragen. Beim Arbeitsamt erlebte J. wenig Hilfe. Weiterbildungskurse wurden wegen Geldmangel nicht bewilligt. Eine von einer Firma in Aussicht gestellte Arbeit war verbunden mit einer konkreten Weiterbildungsmaßnahme. Nachdem das Arbeitsamt nach zähem Ringen diese endlich bewilligt hatte, war der Kurs ausgebucht und die Arbeitsstelle wurde anderweitig vergeben. Stattdessen wurde J. als Praktikant in eine Firma geschickt, die dafür bekannt war vom Arbeitsamt gezahlte Kräfte als Billiglohnkräfte zu beschäftigen, jedoch letztlich nicht bereit war, diese dann auch regulär einzustellen.

Über drei Jahre blieb J. arbeitslos. Frustration, Enttäuschung und Selbstzweifel begleiteten diesen Weg. Schließlich gelang es ihm über eine Zeitarbeitsfirma eine neue Stelle zu finden. Und das heißt: heute für 50 % (!!!) weniger Gehalt als die gleichaltrige, unverheiratete Kollegin zu arbeiten. Aber: J. hat wenigstens Arbeit und erlebt sich damit wieder in einem inneren und sozialen Gleichgewicht.

*Walther Seiler*

## **1.2 Arbeitslosengeld II drückt Budget von Familien**

Münchner Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, erhalten seit Anfang des Jahres 2004 weniger Geld: Nach Berechnungen des Amtes für Soziale Sicherung belastet die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht nur den Stadthaushalt mit erheblichen Mehrkosten, sondern schmälert das monatliche Budget einer vierköpfigen Familie (Kinder sieben und zwölf Jahre alt) um 81,50 Euro. Eine allein erziehende, arbeitslose Mutter mit einer vierjährigen Tochter und einem 14-jährigen Sohn hat künftig 57,70 Euro weniger in der Tasche. Ungeschoren kommen dagegen Singles davon.

Etwa 41 000 Menschen, die bisher Sozialhilfe beziehen und rund 14 000 Menschen, die derzeit Arbeitslosenhilfe erhalten, erhalten von Januar an das neue Arbeitslosengeld II, das in den alten Bundesländern 345 Euro monatlich (zuzüglich Miete und Heizung) beträgt.

Das entspricht dem bisher Alleinstehenden ausbezahlten Sozialhilfe-Regelsatz (316 Euro) zusammen mit der Pauschale (29 Euro) für einmalige Bedarfe.

Anders sieht die Situation für Familien aus: Sozialreferent Friedrich Graffe (SPD) führt das vor allem darauf zurück, dass die Pauschalbeträge wegfallen. Und nicht nur das: Bisher gab es neben der Pauschale für eine Vielzahl von weiteren Bedarfen auf Antrag einmalige Leistungen - etwa für eine Waschmaschine, einen Buggy oder religiöse Anlässe. Damit ist seit Anfang Januar 04 Schluss: "Der Regelsatz wird sowohl den laufenden als auch den nahezu vollständigen einmaligen Bedarf abgelten", betont Graffe.

„Nur in wenigen Sonderfällen können nach den gesetzlichen Vorgaben noch einmalige Leistungen gewährt werden“, etwa für Erstaussstattungen für eine Wohnung oder Erstaussstattungen für Bekleidung. Darüberhinaus gibt es bei "unabweisbar gebotenem Bedarf" nur noch Darlehen - die Raten dafür werden Monat für Monat einbehalten. Sven Loerzer

*Dieter Reinert (nach Süddeutsche Zeitung vom 16.3.2004; S.42)*

### **1.3 Lebenszentrum Ebhausen e.V (LZE): Was verändert sich mit Arbeitslosengeld II für die Bewohner?**

Bisher: Im letzten Jahr 2003 waren von 64 neu aufgenommenen Patienten 62 langzeitarbeitslos, davon waren 19 Sozialhilfeempfänger und 43 bezogen Arbeitslosenhilfe, bevor sie ins Lebenszentrum kamen.

Ein lediger Sozialhilfeempfänger erhielt in Baden-Württemberg € 297,- abzüglich einer Stromkostenpauschale, etc. von € 28,-, also insgesamt € 269,-. Dazu wurden die Mietkosten bis zu einer Höhe von € 280,- übernommen. (Beispiel: Stadt Nagold)

Hinzukommen einmalige Leistungen für Hausrat, Kleider, Weihnachtsgeld (ca. € 300 - 450)

Unsere Arbeitslosenhilfeempfänger bekamen zwischen € 200,- und € 500,- und konnten ergänzende Sozialhilfe beantragen. Damit mussten sie die Mietkosten selbst begleichen.

Monatseinkommen zw. 269,- und 280,-)

Zukünftig (ab 1.1.2005): Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu Arbeitslosengeld II würden die o.g. 62 Bewohner € 345,-, zuzüglich Miete, und keine zusätzlichen Leistungen mehr erhalten. In diesen erhöhten Satz sind die einmaligen Leistungen pauschal einbezogen, so dass ein Sozialhilfeempfänger sich im Vergleich zu früher ungefähr gleich stellt, wenn er diese Leistungen beantragt hatte.

Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die über ca. € 600,- hatten, stehen schlechter da, was auf Bewohner des LZE nur selten zutrif.

Es besteht allerdings ein nicht geringes Risiko, dass die pauschal ausgezahlten, früheren einmaligen Leistungen für den Bedarfsfall nicht zurückgelegt, sondern wahrscheinlich gleich ausgegeben werden.

Für unsere Bewohner bedeutet dies, dass sie noch mehr als bisher schon Haushalten lernen müssen, oder dass vermehrt durch das LZE die Geldverwaltung übernommen werden muss.

*Kurt Wegenast (Leiter LZE)*

### **1.4 Stellenabbau nützt der Dividende - Beispiel Siemens: Wandern 2500 Jobs ins Ausland?**

Der Elektrokonzern Siemens prüft - wie viele andere Firmen auch- die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Aktuell betroffen sind die Mobilfunksparte, die Festnetzsparte und die Energieübertragung mit insgesamt mindestens 2500 Arbeitsplätzen. Davon betroffen sind die Standorte Bocholt und Kamp Lintfort mit 2000 Beschäftigten. Weitere Verlagerungspläne gefährden 500 Arbeitsplätze in Bruchsal und im Transformatorenwerk Kirchheim/Teck.

Wie kommt es, dass Unternehmen wie Siemens, die jahrelang mit Steuergeldern z.T. massiv gefördert wurden, die damit bezweckte soziale Verpflichtung verletzen und mit ihrer Produktion doch ins Ausland gehen? Sie führen als Begründung an, dem Wettbewerb wegen der tatsächlichen Kostenstrukturen nicht mehr gewachsen zu sein. Es gelte, z. B. in der Mobilfunksparte gegenüber einem Alternativstandort in Ungarn bei den Arbeitskosten eine Lücke von bis zu 30 % zu schließen.

Stellenabbau mit Steuergeldern ( Manager-Magazin vom 26.03.2004)

Im Streit um die von Siemens geplante Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer weist IG-Metall-Vizechef Berthold Huber darauf hin, dass bei einer Verlagerung nach Ungarn erneut Steuergelder an Siemens fließen werden:

Insgesamt 25-37 % der gesamten Investitionskosten aus EU-Fördermitteln stehen dem Land dafür zur Verfügung.

Profitieren wird Siemens und seine Aktionäre: Von 2006 bis 2011 wird Siemens dadurch steuerfrei gestellt. Der Gipfel: Siemens kann die Kosten der Verlagerung auch noch als betriebliche Aufwendung abschreiben. Solche Rahmenbedingungen laden geradezu ein, Verlagerungen zur Gewinnmaximierung zu nutzen.

Es geht also um dies in aller Deutlichkeit fest zu halten, um Sicherstellung einer angemessenen Dividende für die Aktien. Und diese liegt am Beispiel der von Verlagerung betroffenen Sparten bei etwa 14 %.

„Die Standortverlagerungen von Unternehmen, die allein deshalb vorgenommen wurden, um die von der Börse geforderte Rentabilitätsquote zu gewährleisten, sind eine sehr krasse Spielart der wirtschaftlichen Gewalt, die auf Menschen ( „Ressource Mensch“) ausgeübt wird, und zwar sowohl in den Ländern des „Nordens“ wie auch die des „Südens“. Das Gleiche gilt für öffentliche Verkaufsaus-schreibungen von Firmen...mit ihren Fusionen, Aquisitionen und Übernahmen- meist feindlicher Natur- die ökonomische, industrielle und kommerzielle Bühne in ein Blutbad verwandelt hat: Eine Art „Kannibalismus unter Unternehmen“, der ausschließlich dem Zweck diene, am größten, stärksten, mächtigsten zu sein.“

(Zitat aus: Riccardo Petrella; Prof. an der kath. Universität von Louvain, Berater der Europ. Kommission Brüssel , in seinem sehr empfehlenswerten Artikel „Kritik des Wettbewerbs“ aus „Sand im Getriebe Nr 20 , Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung vom 11.04.03 unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) )

Kurzfristiges Gewinnstreben ersetzt offenbar zunehmend eine nachhaltige und darum verantwortungsvolle Unternehmenspolitik. Der Verlust an Arbeitsplätzen und seine Folgen sollen dabei wie immer sozialisiert werden.

Dies kann letztendlich nur zum Kollaps der sozialen Sicherungssysteme und letztendlich auch der Wirtschaft selbst führen.

*Karl Ernst Kreutter (Beispiel aus Stuttgarter Zeitung vom 12.04.04)*

-

## **1.5 Geheuert und Gefeuert**

Im Literaturhaus in der Münchner Kardinal-Faulhaber-Straße wird an diesem Dienstagabend diskutiert. Das Thema: „Geheuert und gefeuert. Arbeitslosigkeit in Deutschland“. Im Publikum sitzen Mitarbeiter der HypoVereinsbank, Exmitarbeiter des Kirch-Imperiums und andere gut gekleidete Menschen. An einer kleinen Bar am Rande des Raumes gibt es Rotwein und Beck's Gold, das gedimmte Licht im Vorraum passt zu der Veranstaltungsreihe: „Wirtschaft und Literatur im Dialog“. Auf die Frage, warum diese Veranstaltung nötig sei, erklärt der Moderator: „Die Arbeitslosigkeit hat eine Schicht erwischt, die diese bisher für ein Problem von Säufern und anderen Sozialfällen hielt.“ Die Ankündigung ist ein guter Grund, um zu bleiben, denn dahinter steckt ja die spannende Frage: Wie gehen diese Menschen, die plötzlich selbst von Arbeitslosigkeit betroffen sind, damit um? Es diskutieren der Personalchef der HypoVereinsbank, Heinz Laber, der Sozialreferent der Stadt München, Friedrich Graffe, der Arbeitswissenschaftler Jochen Turk und Tine Wittler. Sie moderiert die Sendung *Einsatz in 4 Wänden* auf RTL, eine fröhliche Frau, und sie war kürzlich drei Monate arbeitslos. Über diese Zeit hat Tine Wittler ein Buch geschrieben, es heißt *Parallelwelt*, nach Verlagsangaben ein „Spitzentitel“ - „der Roman, auf den wir alle gewartet haben“. Frau Wittler, die mit Arbeits-

losigkeit offenbar so intensiv zu kämpfen hatte wie eine Parfümverkäuferin mit der Landwirtschaft, erzählt Schnurren vom Arbeitsamt: wie bürokratisch die Sprache dort sei und dass die Besucher im Warteraum Nummern ziehen müssen. Der Personalchef berichtet von Tausenden gestrichenen Stellen bei der HypoVereinsbank in den vergangenen Jahren, klagt, er würde auch lieber „Talente suchen“ als „freisetzen“ und schließt mit einem Lob: Die Art, wie in seinem Hause gekündigt werde, sei von „hoher Qualität“. All dies bleibt beim Moderator weit gehend unkommentiert, der greift erst ein, als Sozialreferent Graffe spricht: von den Folgen der Arbeitslosigkeit, psychisch und sozial. Es droht also kurz ernst zu werden, da unterbricht ihn der Moderator. In den vergangenen zwölf Monaten wurde Friedrich Graffe häufig zu solchen Veranstaltungen eingeladen, für den Sozialreferenten immer wieder eine Chance zu erklären, dass Arbeitslose keine Faulpelze und Sozialhilfeempfänger keine Schmarotzer sind. Denn nachdem Bundeskanzler Schröder im März seine Rede zur Agenda 2010 hielt, die „Schweiß- und Tränenrede“, werde den Menschen „doch eingetrichtert, dass Armut vor allem selbst verschuldet ist“. Graffe sorgt sich um die Stimmung in der Stadt, Diskussionen wie die um „Florida-Rolf“, den deutschen Sozialhilfeempfänger in Miami bewirkten vor allem eines: Ressentiments gegen diejenigen, die Unterstützung brauchen. Deshalb sei es auch in einer wohlhabenden Stadt wie München wichtig zu vermitteln: „Ohne eine funktionierende Sozialpolitik gibt es auch keine funktionierende Stadtgesellschaft“. 150 000 Menschen sind in München auf die Leistungen seiner Behörde angewiesen: Sozialhilfe, Mietzuschüsse, Beschäftigungsförderung, Familien-, Kinder- und Jugendhilfe, Altenpflege. Macht zusammen 859 Millionen Euro, der größte Posten im Haushalt der Stadt. Auf die Frage nach der Konsequenzen der Agenda 2010 für München, sagt Graffe: „Wir werden mehr Armut haben“. Bei den Langzeitarbeitslosen, die demnächst nur noch Unterstützung in Höhe der Sozialhilfe bekommen sollen, genauso wie bei alten Menschen, wenn die Zuschüsse zur Pflege gekürzt werden. „Für einige Leute gibt es dann keine Versorgung mehr“. < (Quelle SZ Magazin 01/2004)

Nur ein kleiner Ausschnitt aus einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung, wie mit dem Thema „Veränderung des Sozialsystems und deren Auswirkungen in Deutschland“ und sich daraus ergebenden Konsequenzen je nach eigener Position umgegangen wird. Wenn vor vier oder fünf Jahren, der Boomzeit der Startup-Unternehmen in der IT-Welt, der Unternehmen aus der Welt der Medien oder aus den Dienstleistungsbranchen Banken und Versicherungen, jemand prophezeit hätte, dass in diesen Segmenten innerhalb von nur 24 Monaten in Deutschland mehr als 200 000 Arbeitsplätze entfallen werden, hätte man ihn keinesfalls ernst genommen oder ihn einen heillosen Spinner genannt. Nun ist es aber so gekommen und noch ist das Ende nicht abzusehen.

Berichte in der Vergangenheit zu geschäftspolitischen Entscheidungen über die Konzentration auf Kernkompetenzen bei Industrieunternehmen, die damit verbundene Schließung von ganzen Abteilungen oder die Verlagerung von Geschäftszweigen ins Ausland habe ich nicht immer mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und damit verbundenen existenziellen Nöten der Betroffenen oder gar deren gesamten Familien in Zusammenhang gebracht. Nach meinen konkreten Erfahrungen im persönlichen Umfeld mit Veränderungen allein im Bankenbereich sehe ich vieles differenzierter:

Da wird nach 1998 nach einer Mammuthochzeit - unterstützt von politischer Seite - zweier ehemals hart konkurrierender bayerischer Regionalbanken zur HypoVereinsbank AG als Bollwerk gegen die drei Großbanken aus Frankfurt das Gebiet nördlich der Mainlinie als Neuakquisitionsgebiet für Geschäftsausweitung identifiziert. Beträge in Millionenhöhe werden für räumliche und technische Expansion ausgegeben, neue Niederlassungen werden gegründet, Personal wird der Konkurrenz abgeworben oder aus bisherigen Standorten, die in Bayern geschlossen werden, verlagert, denn Mobilität und Flexibilität fördern die berufliche Karriere. Viele nutzen die „Chance“ - Ehepartner oder Familie ziehen mit, Freunde und gewohntes soziales Umfeld und lieb gewordene Menschen der Nachbarschaft bleiben zurück. Zwei Jahre später - neue Entscheidung des TOP-Managements: Die Kosten drücken das Ergebnis, die Analysten bewerten das Unternehmen negativ, die Tendenz der Aktienkursentwicklung ist rückläufig, es muss gespart werden. Reduzierung von Personal- und Sachkosten steht im Fokus. Schließung von Standorten, Aufhebungsvereinbarungen mit Mitarbei-

tern - keine betriebsbedingten Kündigungen ! Die reibungslose Umsetzung wird positiv beschrieben - wohl nicht von den Betroffenen, die sich einen neuen Job suchen müssen.

2001 wird im Konzern HypoVereinsbank das Segment Immobilienfinanzierung, das seit Gründung der Ursprungsfirmen Hauptgeschäftszweck ist und auch die Konzernfirmierung prägt, als Bereich mit dem höchsten Einspar-Potenzial wegen möglicher Synergieeffekte bei einer Fusion der bisher fünf eigenständigen Tochterunternehmen mit der Abteilung aus der Muttergesellschaft identifiziert. Die Presse verkündet: Durch die Fusion entsteht der größte Immobilienfinanzierer Europas. Die Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht: Betriebsrechtliche und organisatorische Hemmnisse machen die Planung zunichte. Nachdem 16 Monate lang Heerscharen von Beratern beschäftigt und interne Personalkapazitäten in Projekten gebunden wurden und der eigentliche Geschäftszweck und die Kundschaft im Hintergrund verschwanden, wird diese Unternehmensreorganisation verworfen. Ja noch schlimmer: Der Bereich Immobilienfinanzierung ist im Konzern nicht mehr gewünscht und soll von der HypoVereinsbank AG in einen neuen eigenständigen Konzern HypoRealEstateGroup abgespalten werden.

Innerhalb von weiteren 20 Monaten seit dem Beschluss für diese neue Umsetzung an den verschiedenen Standorten Deutschlands werden bis Mitte Juni 2004 cirka 1100 Mitarbeiter weniger, also nur noch etwa 900 Mitarbeiter ein festes Arbeitsverhältnis haben. Diesmal bleiben auch betriebsbedingte Kündigungen nicht aus. Es hilft dem betroffenen Familienvater - 53 Jahre, Kinder noch in der Ausbildung, in seiner Fachrichtung spezialisiert - angesichts einer ähnlichen, vielleicht in der Tragweite nicht ganz so massiven Veränderungssituation bei anderen Banken und somit einer wohl drohenden Langzeitarbeitslosigkeit nicht weiter, wenn der ehemalige Konzernpersonalchef von einer hohen Qualität beim Prozess des Personalabbaus spricht.

Die Geschwindigkeit der Veränderungen, die Intensität der von geschäftspolitischen Entscheidungen abhängigen Umsetzungsprozesse, die Orientierung allein an schnellen positiven Ergebnissen ohne konkrete Hinterfragung der Sinnhaftigkeit und der Langzeitwirkung einzelner Maßnahmen, die mangelnde direkte Auswirkung von misslungenen Organisationsveränderungen auf dafür Verantwortliche im Management machen mich nachdenklich; eine neue Dimension ist erreicht. Zumindest räumt der Vorsitzende des Vorstands auf einer Betriebsversammlung ein: „Wir werden uns auch von Mitarbeitern trennen, die ihr Leben lang immer fleißig waren und nie etwas falsch gemacht haben“.

*Dieter Reinert*

-

## **1.6 Pauschalierte Sozialhilfe**

In einem Landkreis der einen besonders rigiden Versuch mit pauschalierter Sozialhilfe durchführt, begleite ich ein Ehepaar, dessen Situation heute schon eine Vorausschau auf das neue Arbeitslosengeld II ab Januar 2005 ist. Als jetzt 58-jähriger Zimmermeister erhielt der Mann vor 3 Jahren für seinen Betrieb eine mit Holzschutzmittel verseuchte Holzlieferung. Es bestand dafür keine Versicherung und ein Schadenersatzprozess kostete Haus und Hof. Die Bank pfändete das Wohnhaus und wegen fehlender Arbeitslosenversicherung als Selbständiger rutschte das Ehepaar direkt in die Sozialhilfe. Die Miete wird vom Sozialamt mit einer "Pauschale" abgegolten. Sie deckt die Mietforderung der Bank gerade mal mit zwei Dritteln. Die inzwischen aufgelaufenen Rückstände bedrohen das Ehepaar mit Obdachlosigkeit, denn eine andere Wohnung mit einer Miete in Höhe der dürftigen Pauschale ist bislang nicht zu finden.

Da das Sozialamt keine Chancen für eine andere Arbeitsstelle sieht, wurde dem Zimmermeister gemeinnützige Arbeit auferlegt. Für 1,50 € Prämie pro Stunde muss er jetzt die Fußgängerzone kehren. Wohlgermerkt ein hochqualifizierter Zimmermann, der sein Leben lang

einen gut gehenden Betrieb geführt hat. Am meisten leidet er in der Kleinstadt unter manch höhnischem Blick ehemaliger Kunden.

*Frieder Claus*

-

## **1.7 Gesundheitsreform**

Die Finanzierung von Gesundheitsleistungen wird seit einigen Jahren in der bundesdeutschen Politik intensiv diskutiert und überprüft. Die vorrangigen Gründe für diese Diskussionen und Überprüfungen sind in der demographischen Entwicklung und in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu suchen. Im Jahr 2050 werden einer Prognose nach nur noch 1,7 Erwerbstätige auf einen Rentner entfallen. Im Jahr 2001 waren dies immerhin noch 3,8 Erwerbstätige. Diese Entwicklung macht sich selbstverständlich auch in unseren Gemeinden bemerkbar.

Ein weiterer Grund liegt in der Tatsache, dass die Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung nur von Arbeitnehmern bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze zu leisten sind. Aufgrund dieser Beitragsbemessungsgrenze entgehen den gesetzlichen Krankenversicherungen Einnahmen durch Beitragszahler die in der Regel gesund sind und daher wenig Leistungen in Anspruch nehmen.

An dieser Stelle soll exemplarisch aufgezeigt werden welche Probleme für unsere Seniorinnen und Senioren bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch die Gesundheitsreform auftreten können. Natürlich gelten die aufgeführten Zuzahlungen und Änderungen der Krankenkassenleistungen für alle Versicherten, aber für Seniorinnen und Senioren stellen sie, wegen der häufig niedrigen Renten, eine besondere Härte dar.

### Zuzahlungen:

1. Beim Arztbesuch sind pro Quartal 10 € als Praxisgebühr fällig, ebenso müssen beim Zahnarzt pro Quartal 10 € entrichtet werden. Nur bei reinen „Vorsorge Untersuchungen“ fällt keine Praxisgebühr an.
2. Bei verschreibungspflichtigen Arznei- und Verbandmitteln müssen 10% des Preises, mindestens aber 5 € und maximal 10 € pro Mittel gezahlt werden.
3. Bei Heilmitteln und häuslicher Krankenpflege entspricht die Zuzahlung 10% der Kosten für Mittel bzw. Leistung. Zudem sind 10 € pro Verordnung zu bezahlen. Bei häuslicher Pflege ist die Zuzahlung auf 28 Tage pro Kalenderjahr begrenzt.

Sämtliche Zuzahlungen sind bis zu einer Belastungsgrenze zu entrichten. In der Regel liegt die Belastungsgrenze bei 2 % der Bruttoeinnahmen. Für chronisch kranke Menschen liegt die Belastungsgrenze bei 1% der Bruttoeinnahmen. Die Diagnose „chronisch krank“ wird vom behandelnden Hausarzt gestellt, wobei die ursprünglich unrealistischen Kriterien hierfür nachgebessert wurden.

Problematisch ist, dass ein Antrag auf Befreiung von der Zuzahlung erst gestellt werden kann, wenn mit den gesammelten Belegen das Erreichen der Belastungsgrenze nachgewiesen werden kann.

### Änderungen der Leistungen der Krankenkassen:

1. Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel werden nicht mehr erstattet.

2. Zu Brillen und Sehhilfen wird grundsätzlich nichts mehr hinzu gezahlt. Nur für schwer sehbeeinträchtigte Menschen besteht ein Leistungsanspruch.
3. Fahrtkosten zu ambulanten Behandlungen werden nur noch übernommen, wenn es zwingende medizinische Gründe gibt. Dies muss jedoch zuvor von der Krankenkasse genehmigt worden sein.
4. Zahnersatz muss ab 2005 extra abgesichert werden. Dies kann entweder privat oder bei der gesetzlichen Krankenkasse versichert werden. Zur gleichen Zeit werden befundbezogene Festzuschüsse eingeführt.

Quellen: BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERUNG; Agenda 2010, Die Gesundheitsreform: Eine gesunde Entscheidung für alle. Berlin: RK-Druck GmbH 2004

Unter dieser Internetadresse können Neuerungen abgerufen werden (Stand April 2004) : <http://www.bmgs.bund.de/deu/gra/themen/gesundheit/index.cfm>

*Kirsten Schätz*

### **1.8 Behindert ist, wer behindert wird**

Über 90 % aller Behinderungen sind erworben. Die wenigsten sind angeboren. So ist auch M. durch eine „harmlose“ Kinderkrankheit nahezu taub geworden. Ihre Eltern suchten Hilfe bei verschiedenen Ärzten und Beratungsstellen. Sehr früh empfanden sie, dass es hinter den Kulissen Kompetenzgerangel und unterschiedliche Behandlungsphilosophien gab. Sie entschieden sich ihr Kind lautsprachlich zu erziehen. Nach entsprechender technischer Versorgung und mit Hilfe ausländischer Therapeuten erlangte M. ein gutes Hör- und Sprachverständnis. Durch den enormen Einsatz vor allem ihrer Mutter ist M. heute in einer Regelschule. Gefragt nach ihren Erfahrungen im Hinblick auf die Behinderung ihres Kindes erzählt Familie H: „Fast immer mussten wir um die Bewilligung der verschiedenen Fördermaßnahmen kämpfen. Die unterschiedlichen Anlaufstellen verwiesen jeweils an einen anderen Kostenträger, der dann wieder den schwarzen Peter zurückgab. Mittlerweile haben wir zwei dick gefüllte Ordner mit Rechtsstreitigkeiten. Es war oft ein Kampf, dass M. die nötige Unterstützung bekommt.“ Die letzten Monate haben nach Angabe von Familie H die Situation weiter verschärft. Manchmal ist es Unwissenheit, oft auch Verunsicherung bei den Kostenträgern und Ärzten. Immer mehr empfindet Familie H.: nur wer kämpft, hat Aussicht etwas zu bekommen. Zum einen sind sie dankbar in einem Land zu leben, in dem es so viele Fördermöglichkeiten gibt. Zum anderen erleben sie die Verteilungskämpfe mühsam und Kräfte zehrend. Nicht wenige geben vorschnell auf, weil sie weder die Möglichkeiten, noch die Kraft haben für ihre Belange zu kämpfen. Familie H. empfindet das, was Behindertenverbände einmal so formuliert haben: Behindert ist, wer behindert wird.

*Walther Seiler*

-

### **1.9 Jugendliche mit geringsten Chancen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**

Jahr für Jahr müsste ich meinen Jugendlichen in Klassen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) das Motto nahe bringen: „Nütze deine Chance, auch wenn du keine hast!“ Jedes Jahr finden weniger Jugendliche einen Ausbildungsplatz und landen deshalb mehr im BVJ. Im Stadt- und Landkreis Heilbronn sind das im Schuljahr 2003/2004 achtundvierzig Klassen (48!) mit je 18 Schülerinnen und Schüler. Also in einem Jahr über 850 SchülerInnen. Und nächstes Jahr sieht es noch schlechter aus! Auch nach dem BVJ finden immer weniger Ju-

gendliche eine Ausbildung oder Arbeit! Vorprogrammiert sind bei den Jungs typische geknickte Lebensläufe - da mal ein schlecht bezahlter Job und dort vielleicht etwas Schwarzarbeit. Schlimmer noch die Mädels: Einen Job, mit dem sie sich selbst über Wasser halten können - nahezu aussichtslos! Also sind sie auf eine einigermaßen auskömmliche Männer-Abhängigkeit angewiesen. Das ist doch deprimierend! Ein Kollege einer Hauptschulklasse 9 erzählte mir, dass jetzt (Ende März) erst ein einziger Schüler seiner Abschlussklasse einen Ausbildungsplatz habe - die ganzen Jahre waren es zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte, die einen Ausbildungsvertrag unter Dach und Fach hatten!

*Paul Gräsle*

## **2. Wo leben wir - Darstellung, worum es geht**

Die Regierungschefs der EU-Länder setzten sich in ihrer Erklärung von Lissabon im März 2000 zum Ziel, bis 2010 die EU zur „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt“ zu machen (und bis dahin Vollbeschäftigung zu erreichen und ein 3%-iges Wirtschaftswachstum des Bruttoinlandproduktes!)

Fast alle Maßnahmen der letzten Zeit werden mit der besseren Wettbewerbsfähigkeit begründet, das betrifft sowohl die Veränderungen des Steuersystems (mit teilweise gravierenden Mindereinnahmen des Staates) als auch den Umbau des gesamten bisherigen Sozialen Netzen (Schutz vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Altersarmut und ganz allgemein vor sozialem Elend).

Die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf die Betroffenen soll konkretisiert werden. Dabei werden die einzelnen Komponenten der Reformen konkret unter die Lupe genommen: Agenda 2010; Hartz I - IV; Steuerreform; Gesundheitsreform; Verwaltungsreform u.a.

Aus der Sicht der Betroffenen alles anzuschauen und zu bewerten halten wir für eine angemessene Vorgehensweise.

Das folgende zweiseitige Flugblatt unter dem Titel

**„Armut bedroht alle“**

- aus einem workshop mehrerer Arbeitsloseninitiativen -  
soll in die Problematik aus der Sicht der Betroffenen einführen,  
also derer, die den Umbau der Sozialsysteme  
als Erste zu spüren bekommen

Die Sozialreformen werden unser Leben verändern. Die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher werden. Dieser Riss kann aber die Lebensqualität von allen bedrohen. Als Verlierer des sozialen Umbaus wollen wir - Arbeitslose, Benachteiligte, Überschuldete, Obdachlose, Sozialhilfeempfänger - Sie heute über die Auswirkungen informieren, die wir am stärksten spüren.

Zum Beispiel die Gesundheitsreform

1. Wie soll z.B. ein Obdachloser von einem Tagessatz von 9,90 € eine Praxisgebühr, Zuzahlungen für Medikamente und Zähne, Vollzahlungen für Brillen, Fahrtkosten, u.a.m. bezahlen?
2. Wie soll ein Sozialhilfeempfänger im Krankenhaus mit gekürzter Sozialhilfe von 3 - 5 € am Tag die Zuzahlung von 10 € täglich bezahlen?

Mit dieser Reform wird die Gesundheit für sozial Schwache teilweise unbezahlbar. Doch dies hat Auswirkungen auf alle. Wenn Krankheiten verschleppt werden, sind die Kosten höher als die Einsparung. Wenn ansteckende Krankheiten nicht mehr behandelt werden, gefährdet dies alle. Wenn Arme früher sterben müssen, ist dies einfach unerträglich....

Zum Beispiel die Hartreform

Mit ihr soll die Arbeitslosigkeit bis 2005 halbiert werden. Trotz harter Einschnitte steigt sie aber unaufhaltsam weiter. Ab Januar droht das neue Arbeitslosengeld II:

1. Mit diesem werden 4,3 Millionen Arbeitslose an und unter das Sozialhilfeniveau rutschen, darunter nun 1,5 Millionen Kinder, die ausgegrenzt werden, weil sie nicht mithalten können. Ein Arbeitsloser muss jetzt erst weitgehend verarmen, bevor er Hilfe bekommt.
2. Eine 3- oder 4-köpfige Familie kann leicht Einkommensverluste im vierstelligen Bereich erleiden. In der Armenhilfe wissen wir, dass viele Familien an einem solchen Sturz zerbrechen.
3. Es gibt keinen Berufs- und Qualifikationsschutz mehr. So werden

Zehntausende von Bankangestellten auch in diesem Jahr ihre Jobs verlieren. Im neuen System können sie als Hilfskellner vermittelt werden. Arbeit unter Tarif und selbst Arbeit ohne Lohn muss angenommen werden. Für uns befürchten wir, in solch unentlohnter Zwangsarbeit vergessen zu werden.

Diese Reform wird massenhaft Armut erzeugen. Sie wird einen Rutsch im ganzen Lohngefüge auslösen. Deutsche Wertarbeit wird zu deutscher Billigarbeit. Anstatt der Arbeitslosigkeit werden nun die Arbeitslosen bekämpft. Es fehlt bei uns aber nicht am Druck, bei uns fehlen Arbeitsplätze. Mit dieser Reform werden alle verlieren.

## Zum Beispiel die Steuerreform

Mit ihr wird zur großen Umverteilung von unten nach oben geblasen. Bereits im Jahr 2000 hat man mit der Unternehmenssteuerreform 24 Milliarden € an die Konzerne verschenkt, ohne dass 1 Arbeitsplatz entstanden wäre. Jetzt kommt das 2. Geschenk an die Reichen:

1. Eine 3-köpfige Familie mit 20.000 € Jahreseinkommen wird gerade mal um 160 € entlastet. Das geht locker bei der Gesundheitsreform drauf. Ein Single mit 100.000 € Jahresbrutto wird um 4.728 € jährlich entlastet. Als Privatversicherter kommt er auch ungestreift an den Einbußen der Gesundheits- und Rentenreform vorbei. Ein Jahreseinkommen mit 1 Million € wird sogar mit 64.000 € mehr belohnt.
2. Mit den Steuereinbußen von 25 Milliarden € müssen aber weitere Sozialleistungen gekürzt werden. Die öffentlich Hand verarmt weiter, das Geld fehlt für Polizeiposten, Kindergärten, Bäder, Nahverkehr usw. und wird die Preise weiter in die Höhe treiben.
3. Die Kaufkraft der kleinen Leute, die nahezu vollständig ausgegeben wird, erlahmt. Die Geschenke an die Großen wandern überwiegend auf Banken und Börsen. Die Wirtschaft erhält mit dem vielen Geld keinen Schub.

Auch mit dieser Reform werden alle verlieren (und Pläne der Opposition ist noch schlimmer!), auch damit wandern wir weiter in Richtung amerikanische Verhältnisse, wo wir zweierlei lernen: 1. Nichts ist so teuer wie Armut und 2. Die Kriminalität liegt achtmal so hoch wie bei uns.

## Zum Beispiel die Verwaltungsreform

Wohnungslose Menschen, die Armutsspitze des Eisbergs, wurden viele Jahre in vielen Städten und Gemeinden vertrieben. Vor 4 Jahren wurde für die Hilfe endlich der Landeswohlfahrtsverband zuständig, der für eine einheitliche und gute Versorgung im Land sorgen sollte. Mit der Verwaltungsreform soll die Zuständigkeit jetzt schon wieder zurück an die - inzwischen in großer Zahl verarmten - Kommunen gehen. Wir befürchten damit einen Rückfall in alte Zeiten der Vertreibung. Die Gemeinden und Städte werden als erstes bei uns sparen. In der Armutsentwicklung der Reformen wird die Zahl wohnungsloser Menschen aber weiter ansteigen. Wo sie keine Hilfe finden, entwickelt sich das Elend auf der Straße zum Schaden aller.

Unterstützen Sie deshalb unsere Forderungen:

1. Schluss mit der gigantischen Umverteilung von immer weiteren Steuergeschenken an die Starken und Abwälzung der Lasten und Einschnitte auf die Schwachen.
2. Rücknahme der ungerechten Gesundheitsreform, die den größten Teil der Einsparungen einseitig auf die Schultern der Versicherten, Kranken und sozial Schwachen legt.

3. Arbeitslose brauchen keinen höheren Druck, sie brauchen Jobs! Ein Beschäftigungsprogramm, aus gerechten Steuern finanziert, muss neue Arbeitsplätze in der Altenhilfe, Kindererziehung, im Umweltbereich usw. schaffen. Dort gibt es unendlich viel zu tun.
4. Schluss mit dem staatlich geförderten Lohndumping. Arbeit darf nicht billig wie Dreck werden. Wir brauchen die Festsetzung eines Mindestlohnes mit einheitlichen Steuer- und Sozialstandards auf europäischer Ebene.
5. Sozialleistungen müssen jeden sicher vor Armut und Ausgrenzung schützen. Wir brauchen endlich eine verlässliche Grundsicherung.
6. Die Wohnungslosenhilfe darf mit der Verwaltungsreform nicht an die Kreise zurückgegeben werden. Wenn eine Sonderlösung irgendwo Sinn macht, dann hier. Sie muss auf Landesebene weiter und einheitlich ausgebaut werden.

Wo wir uns den Sozialstaat nicht erhalten,  
werden wir in einer Wolfsgesellschaft landen.

## 2.1 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Struktur der deutschen Sozialsysteme

Die deutschen Sozialsysteme wurden in den Umbrüchen der Industrialisierung, wesentlich in der Ära Bismarcks aufgebaut und in großen Teilen von der Arbeiterbewegung durchgesetzt. Hintergrund waren die Verelendungen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der frühkapitalistischen Phase, die besonders in England zu fatalen Zuständen führte. Das deutsche Sozialsystem hat Weltruf erlangt, im Grundgesetz wurde das Sozialstaatsgebot unveränderlich verankert.

Grundgedanke ist die Absicherung großer, gesellschaftlicher Risiken, denen sich der Einzelne nicht entziehen kann, auf einer solidarischen Basis. Es entstand ein Pflicht - Versicherungssystem mit vier Hauptsäulen, unter dem das letzte Netz der Sozialhilfe gespannt ist, das alle Einzelfälle, die durch die vorgeschalteten Systeme rutschen, vor Not, Armut und Ausgrenzung schützen soll:

Gesetzl. Rentenversicherung - Schutz im Alter

Gesetzl. Krankenversicherung - Schutz bei Krankheit

Gesetzl. Arbeitslosenversicherung - Schutz bei Arbeitslosigkeit

Gesetzl. Unfallversicherung - Schutz bei Arbeitsunfällen

Bei den Versicherungen zahlen alle Beschäftigten Pflichtbeiträge in einen Topf, gleichermaßen der Arbeitgeber, die Unfallversicherung wird vom Arbeitgeber alleine getragen. Die Beiträge erfolgen einkommensabhängig und risikounabhängig, jedoch endet die Versicherungspflicht bei einer bestimmten Einkommenshöhe, der sog. Beitragsbemessungsgrenze.

Bedürftigkeitsleistungen wie Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe sind steuerfinanziert und werden nur gewährt, wenn kein ausreichendes Einkommen und Vermögen besteht.

Zu diesen vier Säulen kamen in der Vergangenheit noch weitere, kleinere Leistungssysteme hinzu, wie z.B. die gesetzliche Pflegeversicherung, die Grundsicherung im Alter u.a.m.

Das System hat sich bestens bewährt, die stabile gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wäre ohne diese Sicherungssysteme nicht denkbar gewesen.

### ***Diese unsere (bisherigen) Systeme der sozialen Absicherung***

<i>verhindern abrupte + tiefe Einbrüche im Lebensstandard b. Eintritt eines Risikos</i>	<i>sozpolitische. Funktion</i>
<i>stützen den sozialen Frieden</i>	<i>gesellschpolitische Funktion</i>
<i>schützen stärker Gefährdete (z.B. verschiedene Unfall-, Gesundheits-, Arbeitslosigkeits - Risiken) im solidarischen Zusammenhalt aller</i>	<i>verteilungspolitische Funktion</i>

<i>sichern die Kaufkraft auch in konjunkturellen Krisen</i>	<i>konjunkturpol. Funktion</i>
<i>sichern Gesundheit und schützen vor Berufsunfällen</i>	<i>gesundheitspol. Funktion</i>
<i>erhalten die Qualifikation und schützen vor unterwertiger Beschäftigung</i>	<i>arbeitsmarktpol. Funktion</i>
<i>entlasten Regionen und Kommunen, die besonders von Strukturkrisen betroffen sind</i>	<i>regionalpol. Ausgleichsfunktion</i>

1. *u.a.m.*

## **2.2 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Finanzierungskrise der Sozialsysteme**

Eine Krise in der Finanzierung der Sozialsysteme entstand mit der Massenarbeitslosigkeit, denn die Einnahmen der Sozialsysteme sind wesentlich an die Löhne gekoppelt. Ihre Finanzierung beruhte stets auf der Annahme überwiegender Erwerbstätigkeit. Mit dem gravierenden Rückgang des Gesamtlohnaufkommens und erhöhter Kosten für Arbeitslose stiegen Defizite und Beitragssätze. Bei dieser Entwicklung fiel auch zunehmend ins Gewicht, dass nur die zurückgehenden Reallöhne, nicht aber andere steigende Einkunftsarten wie Kapitalerträge und Unternehmensgewinne an der Finanzierung beteiligt waren. Mit den Beitragsbemessungsgrenzen entzogen sich immer mehr Einkommensstarke mit dem Ausstieg in günstige Privatsysteme der Beitragspflicht. Die hohen Kosten der Einheit wurden mit milliardenschweren Griffen in die Rentenkassen - und damit mit den Beiträgen der Schwächeren - finanziert. In dieser Fixierung auf ein rückläufiges Gesamtlohnaufkommen blieb auch die aufstrebende Produktivitätsentwicklung außen vor, die einen Ausgleich zum negativen demografischen Faktor mit steigender Lebenserwartung und zurückgehender Geburtenrate leisten könnte.

Höhere Beitragssätze erhöhen bei einer lohngekoppelten Finanzierung die Lohnnebenkosten. Zwar ist der Lohnanteil in der Industrie nur noch mit einem verschwindenden Anteil von 5 - 30% am Produktpreis beteiligt, Lohnnebenkosten wirken sich hier also - z.B. im Vergleich zu Währungsschwankungen - nur wenig aus. In den arbeitsintensiven Bereichen von Dienstleistung und Handwerk schlagen sich diese Belastungen jedoch wesentlich nachteiliger nieder.

Wesentlich unberührt blieben hier Sozialsysteme anderer Länder, die nicht lohnkosten- sondern steuerfinanziert waren. Klassisches Beispiel sind hier die skandinavischen Länder, die bis heute hohen Sozialstandard mit gutem Wirtschaftswachstum in Einklang bringen. Bei den Steuern tragen nämlich alle Einkunftsarten bis hin zu Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen, Erbschaften, Börsengewinnen und alle hohen Einkommen die Soziallasten mit. Eine Reform der Sozialsysteme in Richtung dieser neuen Finanzierungsbasis wäre also durchaus eine aussichtsreiche Alternative. Dies aber läuft gegen den Mainstream der marktradikalen Neoklassik, die solche Einkunftsarten noch weiter entlasten will, nach dem Motto 'wenn es der Deutschen Bank gut geht, geht es den Deutschen gut'.

## **2.3 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Der soziale Umbau vor 2003**

Sozialleistungen sind immer ein Instrument gesellschaftlicher Umverteilung, weil sie die vor großen gesellschaftlichen Risiken schützen, die sich aus eigener Kraft nicht schützen können. Ein Millionär braucht weder Renten- noch Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, um so mehr aber die Krankenschwester, der kleine Angestellte oder der Kellner.

**Wer trägt die Steuerlasten?**

Der soziale Umbau geht hier bis in die Anfänge der 80er Jahre zurück. Grundlage des

neuen monetaristischen Denkens mit massiven sozialen Einschnitten war 1982 das "Lambsdorff-Tietmeyer-Papier", über das Helmut Schmidt stürzte und das von Helmut Kohl zielstrebig aufgegriffen wurde. Es führte zu einer enormen Entlastung hoher Einkommen und Gewinne. "Arbeitnehmer sind bei Steuern die Dummen" stellt der Finanzwissenschaftler Prof. L. Jarass am 3.6.02 in einem Focus-Beitrag fest. Das Steueraufkommen wird immer mehr aus ihren Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert.

Mit der **Unternehmenssteuerreform 2000** kam es zu einem völligen Zusammenbruch der Körperschaftsteuer, das ist die Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Konzerne. Sie brach 2001 um 24 Milliarden € oder 10% des Bundeshaushalts ein. Die Reform führte in der Folge auch zu einem Zusammenbruch der Gewerbesteuer und zu massenhaft verarmten Städten und Gemeinden. Das Thema von immer neuen Steuerlöchern lief wie ein rotes Band durch immer neue Nachrichten und Schlagzeilen.

Mit den Kosten der deutschen Einheit und den immer neuen Steuerausfällen explodierte die **Staatsverschuldung** auf aktuell 1,325 Billionen €.

Die Kehrseite der verarmenden öffentlichen Kassen findet sich im **privaten Vermögen**. Mit steilen Zuwachsraten erreichte es im Jahr 2000 insgesamt 7,7 Billionen €, davon entfielen 2,15 Billionen € auf das Nettogeldvermögen der Bundesbürger.

Dieses verteilt sich auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten extrem ungleich. Dabei vergrößert sich die Kluft zwischen arm und reich in hohem Tempo. In nur 10 Jahren hat sich der Vermögensanteil der unteren Bevölkerungshälfte fast halbiert, das untere Viertel der Bevölkerung ist jetzt verschuldet.

Verteilung d. Nettogeldvermögens westdt. Privathaushalte		
	1998	1988
Unteres Viertel	-1,4%	1,1%
Untere Hälfte	4,8%	9,2%
Oberes Zehntel	49,7%	42,8%

Quelle: Sachverständigenrat 2000, Tab. 67, S. 267

Seit Anfang der 90er-Jahre wurden, meist abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, eine Fülle von Leistungen zurück gefahren, die der sozialen Absicherung der Bevölkerung dienen. Ein Beispiel hierfür sind die **Wohnbaufördermittel**, die mit Sozialwohnungen einen wesentlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung sozial Schwacher leisten. In Ba-Wü wurden diese auf einen Stumpf mit weniger als 10% gegenüber dem Stand von 1992 reduziert. Von diesem minimalen Rest entfielen dann 93% auf die Eigentumsförderung von Wohnungskäufern und nur noch 7% auf den sozialen Wohnungsbau.

### **Wohnbauförderung Ba-Wü**

Auch die Leistungen der **Sozialhilfe** als unterstes Netz der Existenzsicherung sind seit 1993 immer mehr zurück geblieben. Die sogenannten Regelsätze wurden seit diesem Zeitpunkt fiskalisch "gedeckelt", d.h., nicht mehr an der Kostenentwicklung angepasst. Nach Schätzung von Fachleuten liegen sie heute 10 - 20% unter dem notwendigen Betrag. Auch die sogenannten "Mietobergrenzen" in der Sozialhilfe liegen inzwischen in vielen Kreisen weit unterhalb der marktüblichen Mieten und schützen immer weniger vor Wohnungsverlust. Ein Sozialhilfeempfänger darf nämlich nur eine Wohnung unterhalb dieser Grenzen beziehen oder bewohnen. Wenn die Grenzen aber zu tief liegen, findet er zu diesem Betrag keine Wohnung mehr. Besonders verschärft wurde diese Problematik mit den „Modellversuchen zur Pauschalierung der Sozialhilfe“ ab 2000. Mit einem festen Betrag, unabhängig der mietvertraglichen Verpflichtung gelten Miete, Heiz- und Nebenkosten damit als "abgegolten".

Hierfür 2 Beispiele:

Weitere Einschnitte gab es in dieser Zeit u.a. bei der **Arbeitslosenhilfe** mit Änderungen der Bemessungsgrundlage und der Zumutbarkeit sowie der "Frührente" (**Erwerbsunfähigkeitsrente**). Erweitert wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, was allerdings zu einem massiven Missbrauch durch die Betriebe bei der Ausmusterung älterer Arbeitnehmer auf Staatskosten führte.

## 2.4 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Der soziale Umbau in der Agenda 2010

**Der Ablauf:** Im März 2000 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU, "die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt" zu machen. Verabschiedet wird die "Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas" mit dem Zielpunkt 2010. 2002 verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs in Sevilla ein Programm, das "Maßnahmen zur Erhöhung des Renteneintrittsalters" und zu weitgehenden Kürzungen bei den Sozialleistungen ihrer Mitgliedsstaaten vorsehen.

Am 14. März 2003 verkündet Bundeskanzler Schröder dann für Deutschland die "Agenda 2010", die am 3. Juli beschlossen wird.

Wie in einer Vielzahl europäischer Staaten (Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich) folgt sie dem Muster von

1. drastischen Leistungskürzungen und Entrechtungen bei Arbeitslosen
2. Senkung der Rentenleistungen bzw. Erhöhung des Rentenalters
3. massiven Kürzungen in der Krankenversicherung
4. Einstieg in die Privatisierung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung
5. Aushöhlung des Kündigungsschutzes und der Tarifautonomie
6. Durchsetzung von Billiglöhnen
7. Absenkung der Gewinn- und Einkommenssteuern

Eine grundlegende These scheint dabei zu sein, dass mehr Ungleichheit zu mehr Wachstum führt (so z.B. Wolfgang Wiegand, Vorsitzender der Fünf Wirtschaftsweisen). Die bislang erreichte Ungleichheit ist jedoch schon eklatant.

**Die Umsetzung:** Im Zuge dieser Neuausrichtung kommt es zu einem umfassenden Um- und Abbau der Sozialleistungssysteme, deren Reform überwiegend von Beratergremien erarbeitet wird. Die parlamentarische Entscheidung wird zurückgedrängt, weil die Expertenberichte häufig mit der Ankündigung vorgelegt werden, sie seien 1 : 1 umzusetzen. Abgeordnete kommen zunehmend in die Konfliktsituation, den Fraktionsvorgaben zuzustimmen oder in eine Verräterrolle zu rutschen. Die Reformen tragen deshalb auch zumeist den Namen des Chefexperten, wie Riester-, Hartz-, Rürupp-, Herzog-, Kirchhoff-Reform. Die Mitsprachemöglichkeiten der freien Wohlfahrtsverbände und anderer fachkundiger Zusammenschlüsse reduziert sich bei diesen 1 : 1 - Vorgaben natürlich enorm.

## 2.5 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Steuerreform 2004 ff.

Sozialpolitik basiert stets auf Umverteilung von oben nach unten. Mit dem Reformziel, Anreize für das Kapital zu schaffen, wird diese Umverteilung umgedreht. Es kommt zu einer steu-

erlichen Entlastung der Gewinn- und Einkommenssteuern. Bei letzteren werden insbesondere die Spitzensteuersätze der Besserverdienenden entlastet. Mit der vorgezogenen Steuerreform in 2004 wird eine 3-köpfige Familie mit 20.000 € Jahreseinkommen um 160 € entlastet, ein Single mit 100.000 € Jahresbrutto dagegen um 4.728 € jährlich. Ein Jahreseinkommen mit 1 Million € wird bis 2005 mit 64.000 € mehr belohnt. Die gewaltigen Steuerlöcher, die damit entstehen, führen notgedrungen zu neuen Finanzierungs-

problemen bei den Sozialsystemen, die mit der hohen Arbeitslosigkeit schon besonders belastet sind. Hier kommt es direkt zu dem von Bloch beschriebenen Zusammenhang: „Wenn es nicht mehr für alle reicht, springen die Armen ein“, denn einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.

Steuerausfall bei Umsetzung aller drei Reformen: 37,5 Milliarden Euro

## 2.6 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Hartz-Reformen I - IV

Ehrgeiziges Ziel dieser Reform ist (war) eine Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005. Der strukturellen Krise des Arbeitsmarktes mit ständig steigenden Arbeitslosenzahlen soll mit verstärkten Anreizen für Arbeitslose und effizienterer aktiver Arbeitsmarktpolitik begegnet werden. Den fehlenden Arbeitsplätzen wird eine verbesserte Vermittlung entgegen gesetzt. „Anreize“ erfolgen insbesondere durch Leistungseinschnitte, Ausbau von Leiharbeit mit abgesehenem Lohnniveau, Minijobs und Wegfall des Qualifikations- und Tarifschutzes. Miniaturunternehmer auf der Basis von „Ich-AG's“ sollen in großer Zahl entstehen. Mit dem Prinzip „Fördern und Fordern“ soll Eigenaktivität anstelle eines unterstellten komfortablen Bezugs von Sozialleistungen gefordert werden.

Die **Leistungskürzungen** belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro, jeweils ca. ein Drittel entfällt dabei auf die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, auf die verschärfte Anrechnung von Vermögen und Partnereinkommen, und auf die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“. Letztere schafft die Arbeitslosenhilfe ab und senkt die Unterstützung teilweise unter Sozialhilfeniveau.

Nachfolgend eine kleine Auswahl der "**Anreize**":

1. Neben- und Partnereinkommen werden stärker auf die Unterstützung angerechnet als in der Sozialhilfe
2. die Bezugsdauer der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld wird von bislang 12 - 32 Monate auf 12 Monate, bei über 55-jährigen auf 18 Monate verkürzt
3. der Kündigungsschutz von über 50-jährigen wird abgeschafft, befristete Arbeitsverhältnisse können ohne Begründung ständig neu vereinbart werden
4. mit dem neuen „Arbeitslosengeld II“ für Langzeitarbeitslose nach Ablauf des Arbeitslosengelds I wird eine armutspolitisch höchst prekäre neue Sozialleistung geschaffen, die

nicht mehr armutsfest ist, die Mitwirkungsrechte der Arbeitslosen weitgehend abschafft und jedwede Arbeit - auch ohne Lohn - durch scharfe Sanktionen erzwingen kann.

Auch in diesem Jahr werden nach den Prognosen über 100.000 Stellen bei den Banken wegbrechen. Es sind hochqualifizierte Mitarbeiter, doch bei Hartz IV reicht es aus, diesen einen Job als Hilfskellner zu vermitteln. Schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose befürchten, in unentlohnter Pflichtarbeit nach obigem Muster "vergessen zu werden".

**Fazit:** Diese Reform wird massenhaft Armut erzeugen. Sie wird einen Rutsch im gesamten Lohngefüge auslösen. Deutsche Wertarbeit wird zu deutscher Billigarbeit.

Anstelle der Arbeitslosigkeit werden nun die Arbeitslosen bekämpft. Es fehlt bei uns aber nicht am Druck, bei uns fehlen Arbeitsplätze. Schon jetzt ist ersichtlich, dass diese in erwünschtem Maße nicht entstehen, zumal die Einsparungen durch die Leistungseinschnitte nicht für neue Arbeitsplätze verwendet werden. Selbst der baden-württembergische Wirtschaftsminister Döring rechnet bis 2008 kaum mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit (Stgter Zeitung 17.3.04). Mit den armutspolitischen Folgen dieser Reform aber werden alle verlieren.

## Die armutspolitische Brisanz

<b>Regelungen</b>	<b>Bedeutung, Konflikt</b>
<p><b>1. für 4,35 Millionen Arbeitslose</b></p> <p style="padding-left: 20px;">darunter jetzt 1,5 Mio. Kinder</p> <p style="padding-left: 20px;">1 Mio. ehemaliger Arbeitslosenhilfeempfänger heraus gefallen</p>	<p>5% der Bevölkerung</p> <p>Weitere Ausgrenzung</p>
<p><b>2. Leistungen deutlich schlechter als Sozialhilfe</b></p> <p style="padding-left: 20px;">Bedarfsdeckung abgeschafft</p> <p style="padding-left: 20px;">Sozialhilfeniveau insbesondere bei Kindern unterschritten</p>	<p>Armut</p> <p>Chronische Notlagen</p> <p>Demografischer Faktor?</p>
<p><b>3. Vollpauschalierung ohne Ausnahmen</b></p>	<p>Schutzlose Personenkreise</p>
<p><b>4. Leistungen nur bei Bedürftigkeit.</b></p>	<p>Hilfe erst bei Verarmung</p>
<p><b>5. Eine 3- oder 4-köpfige Familie kann leicht Einkommensverluste im vierstelligen Bereich erleiden.</b></p>	<p>Familienzerbrüche</p>
<p><b>6. Sozialhilfe selbst bei unabwendbaren Notlagen verwehrt</b></p>	<p>Unterstes Netz außer Kraft</p>
<p><b>7. Kein Berufs- und Qualifikationsschutz.</b>            Jede Arbeit muss angenommen werden            - auch unter Tarif            - auch ohne Lohn</p>	<p>Billigarbeit statt Wertarbeit?</p> <p>Lohndumping</p> <p>Verfassungsverbot von Zwangsarbeit??</p>
<p><b>8. Schutz der Wohnung (Mieten) massiv reduziert</b></p>	<p>Obdachlosigkeit</p>
<p><b>9. Drohende Altersarmut für Langzeitarbeitslose.</b></p>	<p>Altersarmut</p>

Rentenleistung nach 10 Jahren AlgII: 45 €	
<b>10. Eingliederungsvereinbarung ohne Mitwirkungsrechte muss abgeschlossen werden</b>	Konflikt mit Vertragsfreiheit im Grundgesetz
Harte Sanktionen bei Regelverstößen	Kein Schutz d. Familiengang.
Bei Jugendlichen sofortiger Leistungsentzug	Ausweichen in prekäre Lebensverhältnisse
<b>1. Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege anrechenbar. Vorrangiges Bettelgebot bei ungedecktem Bedarf</b>	Freie Wohlfahrtspflege wird zum Ausfallbürgen
	Bettel vor Sozialleistung

## 2.7 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Gesundheitsreform

Am System der Gesundheitsversorgung wird schon seit Jahren herum gebastelt. Eine ganze Reihe von Ministern hat sich daran schon die Zähne ausgebissen und ist an den starken Lobbykräften gescheitert. Gravierende Probleme bestehen vor allem

2. in der Lohnkostenfixierung. Mit der Massenarbeitslosigkeit ist dieses Gesamtlohnaufkommen gewaltig gesunken. Höhere Beiträge belasten aber mit den Lohnnebenkosten den Faktor Arbeit zusätzlich
3. in den Beitragsbemessungsgrenzen. Besserverdienende unterliegen nicht der Pflichtversicherung und können in private Versicherungen (mit besserem Leistungsniveau) aussteigen. Das Boot der Gesetzlichen muss die Last der chronisch Kranken, Arbeitslosen und sozial Schwachen alleine tragen und kommt verständlicherweise ins Schlingern
4. in einer teuren Doppelstruktur von Fachärzten, die wir uns im ambulanten und stationären Bereich bei gegenseitiger Marktabschottung leisten. Die Auflösung dieser Strukturen scheitert an ständischen Interessen (z.B. Hartmannbund).

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) wurde nun ab Januar 2004 eine Lösung mit harten Leistungseinschnitten gesucht, die allerdings nicht an die vorgenannten strukturellen Probleme herangeht. Es kommt zu Kosteneinsparungen von ca. 18,5 Milliarden €, wobei 80% von den Versicherten und Kranken und nur 20% von der starken Seite der Pharmaindustrie und Ärzteschaft getragen wird.

Für die Versicherten gibt es

5. zahlreiche Leistungsausschlüsse wie Fahrtkosten, Sehhilfen, Medikamente, Sterbe- und Entbindungsgeld u.a.
6. erhebliche Zuzahlungen, in der Regel 2% des Jahreseinkommens
7. Streichung der Sozialklausel, die sozial Schwache von Zuzahlungen befreit
8. Herausnahme des Zahnersatzes aus der solidarischen Versicherung. Ab 2005 müssen die Versicherten hierfür einseitig privat aufkommen
9. Herausnahme des Krankengeldes aus der solidarischen Versicherung. Ab 2006 müssen die Versicherten dieses alleine mit einem besonderen Pflichtbeitrag finanzieren.

Mit dieser Reform kommt es zu **zahlreichen Härten**:

Die Leistungsausschlüsse bedrohen zahlreiche Kranke, die über die erforderlichen Geldmittel nicht verfügen. Es kann hier zu nach oben offenen Kostenbelastungen kommen, die die gesundheitliche Versorgung nicht mehr sicher stellen.

Bei den Zuzahlungen kommt es insbesondere zu Liquiditätsproblemen von Einkommenschwachen, wenn diese etwa schon im ersten Monat bis zur Belastungsgrenze auflaufen. In diesem Fall wird ca. ein Viertel des Monatseinkommens fällig. Bei fehlenden Rücklagen entstehen existenzielle Probleme. Zwei Beispiele hierfür:

3. *Wie soll ein Obdachloser von einem Tagessatz mit 9,90 € Praxisgebühr, Zuzahlungen für Medikamente und Zähne, Vollzahlungen für Brillen, Fahrtkosten, u.a.m. bezahlen?*
4. *Wie soll ein Sozialhilfeempfänger im Krankenhaus mit gekürzter Sozialhilfe von 3 - 5 € am Tag die Zuzahlung von 10 € täglich bezahlen?*
5. *Wie sollen mit 630 € monatlicher Arbeitslosenhilfe Zuzahlungen von 150 € bezahlt werden, wenn diese schon im ersten Monat fällig werden und keine Rücklagen bestehen?*

Mit dieser Reform wird die Gesundheit für sozial Schwache teilweise unbezahlbar. Doch dies hat Auswirkungen auf alle. Wenn Krankheiten verschleppt werden, sind die Kosten höher als die Einsparung. Wenn ansteckende Krankheiten nicht mehr behandelt werden, gefährdet dies alle. Wenn Arme früher sterben müssen, ist dies einfach unerträglich....

Es hätte eine **Alternative** zu diesen harten Einschnitten gegeben: Eine Bürgerversicherung, in die alle nach Leistungskraft aus allen Einkommen - nicht nur den Löhnen - einzahlen, hätte 15 Milliarden € netto gebracht. Genau so viel, wie jetzt bei den Versicherten an Leistung gekürzt wird.

## 2.8 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Die Rentenreform

Auch die Krise des Rentensystems ist eine langdauernde Geschichte. Bereits Norbert Blüm musste hier immer wieder betonen, dass die Rente sicher ist. Hier kommt die steigende Alterslastigkeit der Deutschen mit dem berühmten demografischen Faktor zum Tragen.

Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen		
2003	44	Personen über 60 Jahren
2050	78	---- " -----

Dies wäre nach Ansicht von Sozialwissenschaftlern allerdings zu schultern, wenn das starke Produktivitätswachstum mit einbezogen würde. Mitte des 19. Jahrhunderts ernährten 8 Bauern einen Nichtbauern und heute kann 1 Bauer 80 Nichtbauern versorgen. Doch der Produktivitätszuwachs fließt nicht in das Rentensystem, auch hier haben wir ähnliche Strukturprobleme wie bei der Gesundheitsversorgung:

10. Lohnkostenfixierung. Mit der Massenarbeitslosigkeit ist dieses Gesamtlohnaufkommen gewaltig gesunken. Höhere Beiträge belasten aber mit den Lohnnebenkosten den Faktor Arbeit zusätzlich
11. Beitragsbemessungsgrenzen. Besserverdienende unterliegen nicht der Pflichtversicherung und können in private Versicherungen (mit besserem Leistungsniveau) aussteigen. Das Boot der Gesetzlichen muss die Last der Einkommensschwachen und Arbeitslosen alleine tragen und kommt verständlicherweise ins Schlingern
12. Entnahmen zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen. Hier sind ganz wesentlich milliarden schwere Zugriffe zur Finanzierung der deutschen Einheit zu nennen, die einseitig von den Versicherungspflichtigen bezahlt wurden.

Die harte Kur besteht auch hier in Leistungskürzungen zu Lasten der Versicherten. In einer Quadratur des Kreises soll allerdings versucht werden, bis 2030 sowohl die Leistungsabsenkung auf 46 / 43% als auch den Beitragsanstieg auf 22% zu begrenzen. Als Joker bleibt eine Erhöhung des Rentenalters (bei Rürupp 67 Jahre) als Option, über die

2010 entschieden werden soll.

Es kommt bereits seit Jahren zu Senkungen des Rentenniveaus. Nebenstehend die Entwicklung seit 2000 und

nach der Prognose der Rentenreform 2004

(gezeigt wird die Absenkung gegenüber dem heutigen Niveau von 100%)

Diese Absenkungen können in die Bedürftigkeit führen, zumal die westdeutsche Durchschnittsrente 2002 bei den Männern ca. 960 € und bei den Frauen unter 500 € lag. Die private Zusatzversicherung (Riester u.ä.) greift gerade bei Einkommensschwachen nicht, weil das verfügbare Einkommen fehlt.

Auch hier hätte es eine **Alternative** gegeben: Wenn nicht nur die sinkenden Löhne, sondern auch die steigenden Kapitalerträge in die Rentenkassen einzahlen würden, könnten die Beiträge in gleicher Weise stabilisiert werden. Das Rentenniveau bliebe auf aktuellem Stand erhalten, - ohne die harten Kürzungen und Einschnitte.

## 2.9 Der Um (Ab)bau der Sozialsysteme - Gesamtbewertung

Die Krise der Sozialsysteme ist im Wesentlichen eine Krise der Massenarbeitslosigkeit. Sie wird zu einer gigantischen Umverteilung nach neoliberalen Muster genutzt, bei der gesellschaftliche Risiken auf die Schultern des Einzelnen gelegt werden. Dies kann funktionieren, soweit ausreichendes Einkommen zur Verfügung steht. Bei Einkommensschwachen kommt es zu großen Härten, zumal diese mit solchen Risiken erheblich stärker belastet sind. Dabei werden die Einschnitte von denen gefordert und festgelegt, die kaum den Risiken von Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust und krankmachenden Arbeits- und Lebensverhältnissen ausgesetzt sind.

Völlig unberücksichtigt bleiben die armutspolitischen Folgen dieser Reformen. So bezahlen die US-Amerikaner die niedrigen Sozialleistungen mit einer achtmal höheren Quote von Gefängnisinsassen, ca. 4% des Sozialprodukts muss dort für Polizei, Strafvollzug, Justiz und Sicherheitsdienste aufgebracht werden. Aus vielen Jahrhunderten und verschiedenen Gesellschaften wissen wir: nichts ist teurer als Armut, denn sie zerstört alles Lebendige.

Die skizzierte Entwicklung ist kein deutsches Problem, alle westlichen Industriestaaten unterliegen diesen Prozessen. Sie versuchen, in einem "**Dumpingwettbewerb**" von niedrigen Zinsen, immer niedrigeren Unternehmenssteuern, Abbau von Sozialleistungen bzw. Kostenverlagerung auf die Versicherten und der Durchsetzung von Billiglöhnen große Unternehmen anzulocken und zu halten.

Der Erfolg ist zweifelhaft: die Verschuldung der öffentlichen Hand erreicht (nicht nur in Deutschland) gigantische Ausmaße, die Kaufkraft und die Binnenmarktnachfrage schrumpft, Verarmungs- und Ausgrenzungsprozesse führen zu Unwägbarkeiten bzgl. der Entwicklung von Kriminalitätsquote und sozialem Frieden. Der Abbau von Arbeitsplätzen und die Kapitalflucht setzt sich indessen unvermindert fort. Der Run in Länder mit immer niedrigeren Löhnen lässt die Weltkaufkraft schrumpfen. Es bleibt dabei offen, wer die teuren Hightech-Produkte noch kaufen soll, wenn die zu immer niedrigeren Löhnen Beschäftigten eher Blech zum Abdichten von Dächern oder Fahrräder brauchen.

Der ruinöse und ziellose "Dumpingwettbewerb" auf der Ebene der Kleinstaaten hat im gegebenen politischen Rahmen keine Endmarke. Kein Land kann sich dieser Spirale folgenlos entziehen. Sie bringt jedoch keine Lösung, denn ein Konkurreren mit den Lohn-, Steuer- und Sozialniveaus der Ukraine und Chinas würde brutalste gesellschaftliche Verwerfung in den Industriestaaten auslösen. Die deutsche Reformpolitik beschränkt sich bislang leider auf solche Lösungsversuche.

Notwendig ist ein **neues Mandat der Politik über die Wirtschaft**. Die soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhardts funktionierte, weil Politik damals noch auf nationaler Ebene Vorgaben setzen konnte. Diese Chance eröffnet der große europäische Wirtschaftsmarkt wieder, auf den kein Konzern verzichten will und kann. Hier können einheitliche Steuer- und Sozialstandards für alle Mitgliedsstaaten verbindlich festgelegt werden. Im Bereich der Währung gelingt dies mit strengen Stufenplänen selbst bei den schwächsten Mitgliedern, in dieser Weise muss es auch bei den steuerlichen und sozialen Rahmenbedingungen gelingen. Wir können und müssen unsere mühevoll aufgebauten Standards mit einem Schutzzaun schützen, um sie nicht durch Staaten zum Einsturz zu bringen, die sich jetzt in der Phase der Frühindustrialisierung ohne solche Standards befinden. Bislang zielt die europäische Politik allerdings einseitig auf die Währungspolitik, abgestimmte Außenpolitik und militärische Aktion. Der große Ruck für ein neues politisches Mandat über die Wirtschaft ist dringend gefragt. Er ist ent-

scheidend für das Zusammenleben der Menschen Europas ohne Verarmung und Segregation.

Mit der Fixierung auf das immer kleinere Segment traditioneller Erwerbstätigkeit ist die Massenarbeitslosigkeit nicht zu lösen. Der technologische Fortschritt wird morgen die Produktion mit 80 Beschäftigten ermöglichen, wozu wir heute noch 100 brauchen. Wenn mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden kann, kann eine Wertschöpfungsabgabe aus dieser gigantischen Produktivität notwendige gesellschaftliche Arbeit finanzieren. In den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Kinder und Soziales gibt es unendlich viel zu tun. Wenn in den USA die Wirtschaft mit Produktion von Kriegswaffen und Marsprogrammen gepusht wird und Arbeitsplätze entstehen, können hier mit einer großen Investition in viel sinnvollere Bereiche neue Arbeitsbereiche erschlossen werden, die unzähligen Menschen Arbeitsplätze schafft, die allen nützen.

-

-

### **3. Biblische und methodistische Reflexionen**

#### **Eckpunkte biblischer und methodistischer Grundüberzeugungen**

Das Alte Testament entwirft kein Idealbild vom Zusammenleben des Volkes Gottes

- es berichtet auch von bitterem Unrecht, das Menschen geschieht, von sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft, von Unterdrückung und Ausbeutung der Armen durch Mächtige und Reiche. Dagegen erwartet Gott von den Gliedern seines Volkes ein "gemeinschaftsgemäßes Verhalten" - d.h. Leben und Eigentum eines Menschen, einer Sippe sind vor Übergriffen geschützt. Kommt es dennoch zu Unrechtshandlungen, so enthalten etwa die Mosebücher eine Fülle von Anweisungen, angefangen von den Zehn Geboten oder im "Bundesbuch" (2. Mose 21 - 23, dort besonders die Bestimmungen 22: 20 - 26 zum Schutz der sozial Schwachen und Armen). Die Festlegungen über das Sabbat- bzw. Erlassjahr (3. Mose 25) bestimmen eindeutig, Gott selbst ist Eigentümer aller Güter und er will keine Anhäufung von Reichtum in den Händen Weniger auf Kosten der Armen oder Verarmten. Gott ist ein gerechter Gott und er will, dass das Zusammenleben in seinem Volk von (auch sozialer) Gerechtigkeit bestimmt sei. Wo es zu sozialen Verwerfungen kommt, ergreifen (besonders die "frühen") Propheten mit scharfen Worten Partei für die sozial Schwachen und

Armen, z.B.:

Jesaja 3: 14f Die Volksführer berauben die Armen

Jesaja 5: 8ff Gegen Landraub und Luxusleben

Jesaja 10: 1ff Gegen Beugung des Rechts der Armen, auch Amos 5: 12

Amos 2: 6ff Gegen Schlemmerei und Unterdrückung der Armen

Amos 8: 4ff Unrechtes Gewinnstreben auf Kosten der Armen

Micha 3: 1ff Die Führer des Volkes rauben das Volk brutal aus.

Das Neue Testament kennt den Gegensatz "arm / reich" recht gut, z.B. benennt Lukas diesen Gegensatz 25 mal in seinem Evangelium, der Jakobusbrief 10 mal. Lukas 6; 20 - 26 etwa stellt Arme und Reiche scharf gegenüber: Glückselig - Wehe! Oder Jakobus 2: 2 - 7 redet gegen die Bevorzugung der Reichen und die Geringschätzung der Armen. Die "Bedürftigen" haben Priorität vor Gott - Jesus nennt sie "meine geringsten Brüder" im Endgericht, Matthäus 25: 31 - 46. "Armut" an sich hat keinerlei Eigenwert, doch haben die Armen die Zusage, nahe bei Gott zu sein, durch Christus. "Reiche" haben die große Gelegenheit Gott zu begegnen, indem sie mit den Armen ihren Reichtum teilen

In John Wesleys Tagebuch treffen wir einige Male die Bemerkung "ich liebe die Armen!" an. Und in der Tat galt ihnen - neben seiner umfassenden Evangelisationsarbeit - seine besondere Anteilnahme, indem er Arme direkt unterstützte, im Bereich von Gesundheitsfürsorge und Schulbildung eine reiche Tätigkeit zu deren Gunsten entfaltete, aber auch direkt in „politische" Bereiche eingriff: Wesley kritisierte ungerechte Preissteigerungen, setzte sich für die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit und für gerechte Löhne ein, für Arbeit für Alle, nicht zuletzt focht er nachdrücklich für die Abschaffung der Sklaverei (einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor in der damaligen Gesellschaft!) oder für eine Reform des englischen Gefängniswesens.

Wesleys „Programm" in Bezug auf weltliche Güter war einfach: Wer „hat" - ist verpflichtet zu geben, wer nicht hat - ist berechtigt zu empfangen. Ein von Wesley oft zitierter Bibelvers ist Galater 5: 6 „der Glaube ist durch die Liebe tätig". Unser eigenkirchliches Erbe nimmt uns - neben und auf Grund der biblischen Botschaft - in die Pflicht.

## **4. SOZIALE GERECHTIGKEIT**

Unser Einsatz für menschenwürdige Strukturen und Rahmenbedingungen erwächst aus einer tief verwurzelten Glaubensüberzeugung. Es geht um Gottes Willen für seine Welt. Konkret ausgedrückt:

Es muss alles dafür getan werden, dass reale, materielle und rechtliche Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an einem Leben in Freiheit und Gemeinschaft, in Verantwortung und Würde geschaffen werden.

1. *Wie die Erde die Saat sprießen lässt und der Garten die Pflanzen hervor bringt, so bringt Gott der Herr, Gerechtigkeit hervor. (Jesaja 61,11)*
2. *Dann erwarten wir, Gottes Verheißung gemäß, einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen die Gerechtigkeit wohnt. ( 2. Petrus 3,13)*

Im Blick auf diesen Willen Gottes dürfen wir uns nicht davor scheuen, unabhängig von tagespolitischen Strömungen und parteipolitischem Gezänk die Frage nach Sinn und Zielen aktuellen Handelns in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen und auf die Auswirkungen aktueller Reformen der Sozialsysteme für die Menschen hin zu weisen.

Für die folgenden Leitmotive gaben vor allem die Sozialen Grundsätze der EmK und das Sozialwort des Ökumenischen Rates von Österreich (2003) wesentliche Impulse. Hilfen waren auch Referate von Dr. Lothar Elsner und Frieder Claus (Waiblinger Sozialexperte) - Diese „Impulsgeber“ werden in 4.2 zitiert.

#### **4.1 Leitmotiv „Soziale Gerechtigkeit“**

Soziale Gerechtigkeit zum Leitmotiv christlichen Handelns zu machen beinhaltet für uns neben der biblischen Fundierung vor allem den ständigen Dialog, aber auch den lebendigen Rückbezug auf gemeinsam erarbeitete und innerkirchlich wie ökumenisch formulierte Grundsätze und ethische Handlungsgrundlagen.

##### **4.1.1 Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit gegen angemessene Bezahlung.**

Zunehmende Technisierung und ausbeuterisches wirtschaftliches Handeln lassen viele Menschen verarmen und vorhandene Armut fortbestehen. Weil wir das wissen, machen wir Arme nicht für ihre Armut verantwortlich.

##### Verminderung von Armut

Zur Verminderung der Armut unterstützen wir politische Maßnahmen wie

- ▶ die Sicherung eines angemessenen Einkommens
- ▶ qualifizierte Schul- und Berufsausbildung
- ▶ anständige Unterkunft
- ▶ sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten
- ▶ angemessene ärztliche Versorgung
- ▶ Humanisierung und durchgreifende Verbesserung von Hilfsprogrammen
- ▶ eine Festlegung von Löhnen über der staatlichen Sozialhilfe

##### Gute und menschengerechte Arbeit

Kirchen entwickeln qualitative Kriterien für Arbeit als Dienst in der Schöpfung. Da Erwerbsarbeit Identität schafft und ein wichtiger Teil des Lebens ist, gewinnen diese Qualitätskriterien besondere Bedeutung.

Weiter gehören dazu Fragen wie

- ▶ Gesundheit
- ▶ Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- ▶ zumutbare Arbeitszeiten
- ▶ realistische Mobilitätsanforderungen
- ▶ Orientierung an menschlichen Fähigkeiten
- ▶ Miteinbeziehung des jeweiligen Produkts der Arbeit
- ▶ Auswirkung auf die Umwelt

Die Zahl der kranken und „ausgebrannten“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die steigende Problematik von Mobbing und Suchtverhalten sind Warnsignale.

#### **4.1.2 Die Verantwortung der Firmen und Konzerne**

- ▶ Firmen und Konzerne sind nicht nur ihren Inhabern, Chefs oder Geldgebern, sondern auch anderen Beteiligten - Mitarbeitern und Lieferanten, Käufern und Verkäufern so wie der Gesellschaft, in der sie existieren, und der Natur gegenüber verantwortlich.
- ▶ Die Öffentlichkeit hat ein Recht, darüber informiert zu werden, welche Auswirkungen die Tätigkeit der Konzerne auf diese Bereiche hat. Nur so können Menschen begründet darüber entscheiden, welche Konzerne sie unterstützen.
- ▶ Wir begrüßen es, wenn Konzerne sich freiwillig ethischen Standards unterwerfen, die das Wohlergehen der Menschen fördern und die Umwelt unterstützen.

Wird wirtschaftliche Effizienz ausschließlich an der Erzielung möglichst hoher Gewinne bemessen, dann ist sie nicht menschen- u. gesellschaftsgerecht und bezieht die Belange zukünftiger Generationen nicht mit ein.

#### **4.1.3 Die politische Verantwortung**

Die Stärke eines politischen Systems hängt von der freiwilligen und konstruktiven Mitarbeit seiner Bürger ab. ( Trennung von Staat und Kirche).

- ▶ von der Kirche sollte fortwährend ein starker Einfluss auf den Staat ausgeübt werden: Sie soll staatliche Programme und Maßnahmen unterstützen, die gerecht und gemeinnützig sind, und sich denjenigen widersetzen, die dies nicht sind.

#### **4.1.4 Soziale Sicherheit als gesellschaftlicher Reichtum**

Soziale Sicherheit macht Gesellschaften nicht arm, sondern ist ein wesentliches Element des sozialen Zusammenhalts. Soziale Investitionen wirken sich auch ökonomisch positiv aus.

- ▶ ein gut ausgebautes System von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ermöglicht ein hohes Qualitätsniveau.
- ▶ ein allen zugängliches Gesundheitssystem und eine gut funktionierende Infrastruktur bieten die Grundlagen einer erfolgreichen Wirtschaft.
- ▶ Die solidarische Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit und Alter sind Reichtums- und Wohlstandsindikatoren einer Gesellschaft.
- ▶ Dieser Wohlstand, der keine Gruppe ausschließt, sondern darauf abzielt, möglichst viele einzuschließen, ist ein positives Element des Wirtschaftsstandorts und eine Grundlage der Lebensqualität aller, die zu erhalten eine wesentliche Aufgabe ist.
- ▶ Der Zugang zu allgemeinen Gütern, zu sozialen Dienstleistungen in hoher Qualität muss für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft, gesichert werden.

Öffentliche Güter beziehen ihre Legitimität und gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleichem Maße zugänglich sind. Sie sind die politische Konkretisierung sozialer Rechte, wie des Rechtes auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnen und Arbeit.

Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind Ausdruck institutionalisierter Solidarität.

#### **4.1.5 Laufender Reformbedarf am Beispiel einer alternden Gesellschaft**

Veränderungen sind notwendig, wenn sich die Verhältnisse ändern:

- ▶ wenn die Lebenserwartung steigt und damit die Zahl der älteren Menschen im Verhältnis zu den aktiv Erwerbstätigen
- ▶ wenn die Ausbildung länger dauert, die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsjahre geringer wird und damit auf ein Beitragsjahr immer mehr Pensionsjahre entfallen.
- ▶ wenn die zunehmende Flexibilisierung zu Lücken in den Erwerbskarrieren führt und damit zu niedrigeren Renten.
- ▶ wenn im medizinischen Bereich künftig steigende Kosten zu erwarten sind durch Fortschritte der Medizin und die damit im Zusammenhang stehende zunehmende Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen.

Im Bemühen um solidarische Lösungen dürfen junge und ältere Menschen mit ihren jeweils berechtigten Anliegen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

#### **4.2 Hilfreiche Bausteine für „Soziale Gerechtigkeit“**

#### 4.2.1 Soziale Grundsätze (SG) der EmK, 2000/2002, Stuttgart 2002:

SG-Kapitel 4.1 „Wir glauben, dass privates Eigentum in Verantwortung vor Gott treuhänderisch zu verwalten ist und dass das Recht auf Eigentum an übergeordneten Bedürfnissen der Gesellschaft seine Grenzen findet. Nach christlicher Überzeugung darf keine Person oder Gruppe exklusiv und eigenmächtig über irgendeinen Teil der Welt verfügen. Öffentliches Eigentum und kulturelle Güter sind daher in Verantwortung vor Gott zu verwalten und zu pflegen. Deshalb haben Regierungen auch für gesetzliche Regelungen zu sorgen, die die Rechte der ganzen Gesellschaft ebenso schützen wie die privaten Eigentümer.“

SG-Kapitel 4.2 „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit gegen angemessene Bezahlung.....“

SG-Kapitel 4.5 „Trotz eines weit verbreiteten Überflusses in den Industrienationen lebt die Mehrheit der Menschen auf der Welt in Armut. Um grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Obdach, Ausbildung und >Gesundheitsfürsorge zu befriedigen, müssen Wege der gerechten Verteilung der Reichtümer der Erde gefunden werden. Zunehmende Technisierung und ausbeuterisches wirtschaftliches Handeln lassen viele Menschen verarmen und vorhandene Armut fortbestehen. Weil wir das wissen, machen wir Arme nicht für ihre Armut nicht verantwortlich. Zur Verminderung der Armut unterstützen wir politische Maßnahmen wie die Sicherung eines angemessenen Einkommens, qualifizierte Schul- und Berufsausbildung, anständige Unterkunft, sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, angemessene ärztliche Versorgung sowie die Humanisierung und durchgreifende Verbesserung von Hilfsprogrammen. Da niedrige Arbeitslöhne oft die Ursache von Armut sind, sollten Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern einen Lohn zahlen, der über der staatlichen Sozialhilfe liegt.“

SG-Kapitel 4.8 Die Verantwortung der Konzerne Konzerne sind nicht nur ihren Geldgebern, sondern auch anderen Beteiligten - Mitarbeitern und Lieferanten, Käufern und Verkäufern - sowie der Gesellschaft, in der sie existieren, und der Natur gegenüber verantwortlich. Die Öffentlichkeit hat das Recht, darüber informiert zu werden, welche Auswirkungen die Tätigkeit der Konzerne auf diese Bereiche hat. Nur so können Menschen begründet darüber entscheiden, welche Konzern sie unterstützen wollen.

Wir begrüßen es, wenn Konzerne sich freiwillig ethische Standards unterwerfen, die das Wohlergehen der Menschen fördern und die Umwelt schützen.

#### SG-Kapitel 5.2 Politische Verantwortung

Die Stärke eines politischen Systems hängt von der freiwilligen und konstruktiven Mitarbeit seines Bürger ab. ...[Trennung von Staat und Kirche] ...Von der Kirche sollte fortwährend ein starker Einfluss auf den Staat ausgeübt werden. Ferner soll sie staatliche Programme und Maßnahmen unterstützen, die gerecht und gemeinnützig sind, und sich denjenigen widersetzen, die dies nicht sind.

#### 4.2.2 Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, 2003

**Kapitel „Soziale Sicherheit“** (zu Beziehen über Buchhandlung der Methodistenkirche in Österreich, Trautsongasse 8; A-1082 Wien oder [wartburg@bmk.at](mailto:wartburg@bmk.at))

#### Sozialstaat im Wandel

(210) Die Notwendigkeit, sozialstaatliche Einrichtungen und soziale Sicherungssysteme immer wieder neu den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, ist zwar allgemein anerkannt, trotzdem entstehen Ängste, wenn die Veränderungen schwer einschätzbar und nicht durchschaubar sind, Sicherheit und Lebensplanung in Frage gestellt scheinen.

(211) Welche "öffentlichen Güter" soll ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen? Wie soll anderen EU-Bürgern und Bürgerinnen, Ausländerinnen und Ausländern unterschiedlicher Herkunft ein gerechter Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen er-

möglichst werden? Wie soll das Gesundheitssystem weiterentwickelt, die Pflege alter Menschen gesichert werden? Dies sind grundsätzliche Fragen, die in naher Zukunft gelöst werden müssen, um neue Formen der Ungleichheit und das Zerbrecen der Solidarität zu vermeiden, und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

### Freiheit braucht Sicherheit

(212) Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen einander nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander. Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der Einkommensstarken und Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen.

### Gesellschaftlicher Reichtum

(213) Soziale Sicherheit macht Gesellschaften nicht arm, sondern ist ein wesentliches Element des sozialen Zusammenhalts. Soziale Investitionen wirken sich auch ökonomisch positiv aus. ... Ein allen zugängliches Gesundheitssystem, eine gut funktionierende Infrastruktur bieten die Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft. Die solidarische Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit und Alter sind Reichtums- und Wohlstandsindikatoren einer Gesellschaft. ...

### Laufender Reformbedarf

(215) Veränderungen sind notwendig, wenn sich die Verhältnisse ändern: wenn die Lebenserwartung steigt und die Zahl der älteren Menschen im Verhältnis zu den aktiven Erwerbstätigen, wenn die Ausbildung länger dauert, die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsjahre geringer wird und damit auf ein Beitragsjahr immer mehr Pensionsjahre entfallen. Im Bemühen um solidarische Lösungen dürfen junge und ältere Menschen mit ihren jeweils berechtigten Anliegen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(216) Um die Pensionen auch in Zukunft zu sichern sind im Hinblick auf die Veränderungen in der Erwerbsarbeit spezielle Maßnahmen notwendig. Die zunehmende Flexibilisierung wird zu Lücken in den Erwerbskarrieren führen, und damit zu niedrigen Pensionen, weil das Pensionssystem auf der Vorstellung einer Normalarbeitskarriere mit durchgängigem Versicherungsverlauf über Jahrzehnte aufbaut. Frauen tragen dabei ein besonderes Risiko, weil sie auf Grund von Kindererziehung und Übernahme unbezahlter Arbeit kaum die Voraussetzungen für eine entsprechende Pension erreichen. Um zu vermeiden, dass Frauen nach Teilzeitarbeit in Niedriglohnbranchen im Alter in Armut leben müssen, sind dringend die Voraussetzungen für eine eigenständige Pension für Frauen zu schaffen.

Solidarische Finanzierung (219) Die Finanzierung oder Unfinanzierbarkeit der Krankenversicherung und Pensionen ist in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, eine Frage des politischen Willens und einer ausgewogenen

Verteilung der Lasten. Unter dem Vorwand der Unfinanzierbarkeit die Risiken zu privatisieren und damit die Schwächeren überdurchschnittlich zu belasten, bedroht den solidarischen Zusammenhalt.

Dieser ganze Fragenbereich mit seinen großen Herausforderungen bedarf eines kompetenten Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte, um nachhaltige - und nicht nur kurzfristige - Lösungen zu finden.

Zugang zu allgemeinen Gütern (221) Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen in hoher Qualität muss für alle, unabhängig von Einkommen und Herkunft, gesichert werden. Öffentliche Güter

beziehen ihre Legitimität und gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleichem Maße zugänglich sind. Sie sind die politische Konkretisie-

rung sozialer Rechte, wie des Rechtes auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit. ...

### Steuern und Abgaben

(222) Steuern müssen dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben ermöglichen. Steuerentlastungen müssen unter dem Blickwinkel der Wirtschaftsleistung, aber auch in ihren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf Staatsausgaben und auf die Verteilung innerhalb der Bevölkerung betrachtet werden.

(223) Es ist nicht unerheblich, wer von Steuern und Abgaben, die zum Ausgleich von Entlastungen an anderer Stelle wieder eingehoben werden müssen, betroffen ist. Selbstbehalte bei Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen treffen Kranke und damit überproportional Familien und ältere Menschen; höhere Sozialabgaben verteilen sich auf alle, belasten jedoch die Löhne und die Lohnnebenkosten. Es ist Aufgabe der Politik, bei der Festlegung von Steuern und Abgaben diese Zusammenhänge zu berücksichtigen. ...

(224) Mit einer Sozialverträglichkeitsprüfung, die auch die Auswirkung auf das Verhältnis der Geschlechter einbezieht, könnten Auswirkungen von Gesetzen oder budgetären Maßnahmen besser und transparenter beurteilt werden. Eine breite, öffentliche Diskussion könnte überdies dazu beitragen, Verunsicherung in der Bevölkerung zu vermeiden und sicherzustellen, dass gesetzliche Regelungen haltbar sind.

### **4.2.3 Aus einer Predigt von Lothar Elsner über „Leben in Solidarität und Gerechtigkeit“**

„Gib, soviel du kannst!“ -- Was heißt es schließlich, dass wir vor Gott nicht Eigentümer des Geldes sind? Was für Konsequenzen hat es, dass wir nur Verwalter dieser Güter sind? Weil alles Gottes Eigentum ist, bestimmt er über die Verwendung. D.h. das Denken muss sich umkehren. Nicht, was kann ich entbehren, sondern wie viel meine ich für mich behalten zu dürfen. Wesley sagt: Gib Gott nicht ein Zehntel, nicht ein Drittel, nicht die Hälfte, sondern alles, ob es viel oder wenig ist; d. h., verwende für dich selbst, deinen Haushalt, die Glaubensgenossen und die ganze Menschheit alles so, dass du einst gute Rechenschaft über dein Verwalten geben kannst“. Unsere Gerechtigkeit sollte besser sein als die des Zehnten, der die Reichen nur gering belastet, und besser noch als die Gerechtigkeit der Steuerprogression, die die Reichen immerhin mehr als die Armen belastet, unsere Gerechtigkeit sollte sich orientieren an unseren Schwestern und Brüdern, an unseren Mitmenschen, die - um es zum Schluss mit Wesley zu sagen - Gott lieb hat, und die keine Speise zum Essen, keine Kleidung zum Anziehen, keinen Ort, wo sie ihr Haupt hinlegen können, haben. Und warum sind sie in solcher Not? Weil ihr ihnen auf gottlose, ungerechte und grausame Weise vorenthaltet, was euer Meistern euren Händen übergeben hat, zu keinem anderen Zweck, als um ihre Bedürfnisse zu stillen“.

### **4.2.4 Aus einer Predigt von Frieder Claus über**

#### **„Soziale Gerechtigkeit, ein christliches Anliegen?“**

Bei der biblischen Gerechtigkeit geht es also darum, dass wir uns zum einen den Armen zuwenden, gleichermaßen aber auch dafür eintreten, dass es keine Armen mehr gibt.

Um diese riesigen Löcher [in den öffentlichen Haushalten] zu stopfen, werden jetzt die Sozialleistungen massiv abgebaut und die Kosten auf die Schultern der Schwachen verlagert. In der größten Massenarbeitslosigkeit werden die Opfer, die Arbeitslosen, zu Drückebergern gebrandmarkt. Es werden ihnen rund 10 Mrd € weg genommen. Man muss jetzt erst verarmen, bevor man Hilfe bekommt.

Damit rutschen rund 3 Mio. Menschen unter die Armutsgrenze der Sozialhilfe. Diesen Sturz werden viele Familien nicht überleben, wenn die Ratenzahlungen zusammen brechen und Streit ums Versagen in die Wohnzimmer einzieht. Eine neu halbe Million Kinder wird dabei sein, die in der Schule zu Außenseitern werden, weil sie in dem, was man haben muss nicht mithalten können und man nur zu Geburtstagsfeiern eingeladen wird, wenn man selbst auch eine macht.

Es gäbe eine Alternative: wenn man die Unternehmersteuerreform zurück nehmen würde, weil sie eben keine Arbeitsplätze gebracht hat. Plötzlich wäre wieder dreimal so viel Geld da, wie man durch die Kürzung bei den Arbeitslosen einzusparen zu müssen meint. Auch mit einem Verzicht auf die Absenkung des Spitzensteuersatzes könnte man auf diese harten Kürzungen verzichten.

Ähnlich sieht es in der Krankenversicherung aus. 80 % der Einsparungen tragen die Versicherten und Kranken, nur 20 % die starke Seite der Pharmaindustrie, Ärzte und Kassen. 15 Mrd € wird zunächst der Beitrag der Schwachen sein, mit selbst zu zahlendem Zahnersatz und Krankengeld, Arztgebühren, Medikamentenkosten u.a..

Es gäbe eine Alternative: 15 Mrd. €, also genau so viel an Mehreinnahmen würde eine Bürgerversicherung bringen, in die auch die Gutverdienenden mit allen Einkunftsarten einzahlen. Mit Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und Mieten. Doch so lange diese aus dem Boot in günstige Privatversicherungen steigen können, wird das Boot der Gesetzlichen mit den Arbeitslosen, Chronischkranken und sozial Schwachen nicht aus dem Schlingerkurs kommen. In der Rentenversicherung erreicht man mit harten Opfern wie Rente erst ab 67 und dort ein Siebtel weniger als bisher gerade mal Beitragssenkungen bis 2040 von 3 %.

Es gäbe eine Alternative: Wenn nicht nur die sinkenden Löhne, sondern auch die steigenden Kapitalerträge in die Rentenkassen einzahlen würden, hätte man die gleiche Beitragssenkung, 3 %, doch ohne solche harten Kürzungen und Einschnitte.

Es sind überall die selben Mechanismen: die Starken sind immer weniger bereit, die Lasten der Schwachen mitzutragen. Wir haben einen großen Mangel an sozialer Gerechtigkeit.

Christliche Kultur und Gemeinschaft hat immer versucht, die Schwachen in die Mitte zu nehmen und sich nicht auf deren Kosten zu sanieren. Deshalb schreibt z. B. die Emk in einem Beschluss der Politik deutlich ins Stammbuch: Nach christlichem Verständnis bleibt eine Gemeinschaft, die ihre soziale Verantwortung vergisst, ohne Zukunft und Segen. „Soziale Gerechtigkeit ist keine persönliche Ansichtssache, sie ist Gottes großes Anliegen. Es geht bei uns darum, wie zwei Drittel der Gesellschaft, die nie den Risiken der Armut oder bedrohlicher Arbeitsverhältnisse ausgesetzt sind, mit dem anderen Drittel umgeht, das dem dauernd oder zeitweise unterliegt. Jesus Christus sagt: „Was ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan.“

## **5. Für einen gerechten, solidarischen und nachhaltigen Umbau der Sozialsysteme - Die Stellungnahme der Südd. Jährlichen Konferenz 2003**

Die Evangelisch-methodistische Kirche versteht sich von ihrem Auftrag und ihrer Tradition her in besonderer Weise als Anwältin der Armen und Schwachen. Sie hat in ihren „Sozialen Grundsätzen“ eindeutige Aussagen zu der Thematik „Wirtschaftliche Gemeinschaft“ verankert:

„Wirtschaftssysteme unterstehen nicht weniger dem Urteil Gottes als andere Bereiche der von Menschen geschaffenen Ordnung... Wir unterstützen Maßnahmen, die die Konzentration des Reichtums in der Hand weniger verringern [und...] Bemühungen, Steuergesetze zu ändern und Subventionsprogramme abzubauen, die den Wohlhabenden zu Lasten anderer zugute kommen. ... Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit gegen ausreichende Bezahlung.“

Die 460 Delegierten der diesjährigen Tagung der Süddeutschen Jährlichen Konferenz (Synode) in Heilbronn betrachten mit Sorge die aktuelle Entwicklung zu Veränderungen der Sozialgesetzgebung.

1. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und demografischer Veränderungen besteht unbestritten ein dringender Bedarf zur Reform der Sozialsysteme. Hierfür fordern wir einen zukunftsorientierten, gerechten und von allen Gesellschaftsschichten getragenen Umbau. Einzelmaßnahmen, die sich vorwiegend gegen bereits benachteiligte Bevölkerungsgruppen richten, sind keinesfalls der richtige Weg.
  2. Der Ausgleich des Sozialhaushalts darf nicht überwiegend durch den Abbau von Sozialleistungen geschehen. Stattdessen müssen zuerst die massiven Steuerreduzierungen für Kapitalgesellschaften revidiert werden; hohe Gewinne und Vermögen müssen ebenfalls herangezogen werden. Wir fordern außerdem die Einführung einer internationalen Steuer auf Finanztransaktionen (Tobinsteuer).
- Alle Teile der Gesellschaft müssen sich solidarisch am Umbau der Sozialsysteme beteiligen. Alle Einkommensarten sollen zur Finanzierung der Sozialsysteme beitragen.
3. Die stetig wachsenden sozialen Aufgaben und die labile Einnahmenseite bringen Städte und Gemeinden als letzte Glieder der Kette in massive Schwierigkeiten. Wir fordern deshalb, dass Finanzmittel für Maßnahmen, die Menschen aus der Armutsfalle herausführen, nicht abgebaut werden (Wohnungslosenhilfe, Suchtkrankenhilfe, Behindertenintegration, gerechte Bildungschancen für alle...) Die der Gesellschaft durch kurzfristige Sparmaßnahmen entstehenden Folgelasten sind aus unserer Sicht nicht vertretbar.
  4. Viele Menschen aus der Evangelisch-methodistischen Kirche arbeiten - ermutigt durch den Auftrag von Jesus Christus - ehrenamtlich für sozialdiakonische Belange an der Seite anderer Institutionen. Die Basisfinanzierung für soziale Tätigkeit darf nicht beschnitten werden, um die ehrenamtliche Arbeit nicht zu gefährden.
  5. Soziale Gerechtigkeit ist unverzichtbare Voraussetzung für ein friedliches menschliches Zusammenleben. Die Sozialethik unserer Kirche versucht die Schwachen in die Mitte zu stellen, sie zu stärken und fordert, dass sich die Gesellschaft nicht auf deren Kosten saniert. Wir erwarten, dass dies auch Leitlinie staatlichen Handelns bleibt.

Wir sind als Evangelisch-methodistische Kirche bereit, unsere Verantwortung für die Schwachen wahrzunehmen und so unseren Auftrag zu erfüllen.

Nach christlichem Verständnis bleibt eine Gemeinschaft, die ihre soziale Verantwortung vergisst, ohne Zukunft und Segen. Wir ermutigen alle Parteien und ihre Mitglieder, gerechte und solidarische Reformen anzustreben, die die soziale Verantwortung des Staates nicht in Frage stellen

-

## **6. Praxisanregungen**

### **Praxisanregungen zum diakonischen und gesellschaftlich-politischen Handeln**

Bei der Beschäftigung mit unserem diakonischen Auftrag kommt immer wieder die Anfrage:

„Was könnten wir vor Ort tun?“ Die folgenden Beispiele wollen unsere EmK-Gemeinden zum Handeln ermutigen. Über die genannten Projekte hinaus gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten in unseren Gemeinden, die nachahmenswert sind. Die Verfasser dieser Arbeitshilfe überlegen eine Ideenbörse über emk.de zu installieren.

#### **6.1 Kleiderkammer in Mühlheim (Main)**

Wo das monatlich zur Verfügung stehende Geld kaum für die einfachen Alltagsbedürfnisse ausreicht, ist die Anschaffung von Kleidung ein besonderes Problem. Hier setzt die Hilfe der ökumenisch verantworteten Kleiderkammer in Mühlheim am Main an. Gut erhaltende Kleidung wird zu Preisen zwischen 0,50 € und 3.- € verkauft. Eine Mitarbeiterin der EmK erklärt: „Wir haben uns damals entschieden, einen kleinen Betrag für die Kleidung zu nehmen, damit sich die Menschen nicht wie Bettler oder Almosennehmer vorkommen. Sie gehen "einkaufen", ihre Würde ist gewahrt.“ Ein positiver Folgeeffekt: Mit den so erwirtschafteten Geldern werden dann karitative Einrichtungen, wie die Aufwärmstube für Wohnsitzlose oder die Hospizgemeinschaft unterstützt.

#### **6.2 EmK Suppenschüssel in Mannheim**

Am Anfang stand die Frage nach der eigenen Identität. Die EmK - Gemeinde in Mannheim fragte 1998 nach dem Pastorenwechsel: „Wer würde uns in Mannheim vermissen, wenn es uns in dieser Stadt nicht mehr gäbe.“ Bedürftige Menschen, die im Pastorat um Essen baten, brachten den Stein ins Rollen: Die Verantwortlichen überlegten, so etwas wie eine Suppenküche anzubieten. Es galt Ängste und Unsicherheiten in den eigenen Reihen zu überwinden. Bald schon kamen etliche Gäste zum wöchentlich stattfindenden Essen in die EmK. Seit über vier Jahren gibt es die „Suppenschüssel“ schon. Aus den Kontakten ergab sich mancher weiterführende Kontakt. Die kleine Gemeinde mit einem hohen Altersdurchschnitt, hat ihren Auftrag in der Stadt erkannt und angenommen.

#### **6.3 Hilfe für Wohnsitzlose Raum Heilbronn**

Ab 20. Oktober 2003 war Schluss für die Obdachlosen in Heilbronn, die morgens bei der Bahnhofsmmission Kaffee und Brot bekamen - die Bahn AG legte ihr Veto ein!

Aus diesem Grunde sollte dieser Personenkreis ab 20. Oktober nur noch im Gildetreff in Heilbronn versorgt werden. Dies war aber nur möglich mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Da zwei Mitarbeiterinnen der Bahnhofsmmission EmK'lerinnen sind, suchten sie (mit Unterstützung von Pastor Rieker in HN-Frankenbach) solche in unseren Gemeinden - mit Erfolg.

Zweierteams waren eine gute Lösung, die beste, wenn Ehepaare oder ein Mann und eine Frau je ein Team bilden konnten.

Sie werden von 6.00 Uhr bis 10 Uhr benötigt, haben Kaffee zu kochen und Brote zu schmieren für diejenigen, die kommen und wenn jemand mit ihnen reden möchte, einfach zuzuhören.

Sie haben keine Beratungsgespräche durchzuführen und keine sozialen Problemfälle zu lösen. Wichtig ist einfach nur ihre Präsenz, das Kaffeekochen und das Herrichten von Broten. Bei der Erstellung eines Einsatzplanes kann man sich auf die unterschiedlichen zeitlichen Möglichkeiten der Teams einstellen.

Inzwischen (April 2004) kommen jeden Morgen etwa 40 Personen. Von allen drei Heilbronner EmK-Bezirken machen Helfer und Helferinnen mit großem Engagement mit. Eine Verlegung des Treffs in EmK-Räumlichkeiten wird vorsichtig angedacht.

#### **6.4 Vesperkirche in Reutlingen**

In einem ökumenisch getragenen Projekt - unter EmK- Beteiligung - ist die Reutlinger Nikolaikirche in der kalten Jahreszeit Anlaufstelle für Menschen, die in Not sind. Ob Wohnungslose oder Suchtkranke, Alleinerziehende oder Arbeitslose, Jugendliche oder Alte, Flüchtlinge oder Familien mit Kindern: in der umfunktionierten Innenstadtkirche bekommen sie günstig ein warmes Mittagessen. Das Echo aus der Bevölkerung übertrifft alle Erwartungen der Verantwortlichen. Lebensmittel- und Medikamentenspenden kommen reichlich. Die Angebote weiteten sich gegenüber dem ursprünglichen Rahmen aus. Ärztliche Hilfe wird geleistet, regelmäßig kommt eine Friseurin in die Kirche, weitere Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen stellen ihre Dienste zur Verfügung. Die Angebote werden im Aktionszeitraum von täglich mehr als 200 Menschen in Anspruch genommen. Zusätzlich gibt es ein unterhaltsames Rahmenprogramm.

#### **6.5 Bulgarienhilfe in Friedrichshafen**

Vor über drei Jahren stellte sich die kleine Neulandmissionsgemeinde Friedrichshafen die Frage nach ihren Zielen. „Diakonische Verantwortung“ war ein Stützpfiler der Gemeindevision. Für die kleine Gemeinde im Aufbruch war klar, dass die Kapazitäten begrenzt sind. Der konkrete Anstoß zum Handeln kam dann von außerhalb. Die Gemeinde wurde von einem Industrieunternehmen angefragt, ob die Kirche nicht Verwendung für einen alten Krankenwagen hätte. Lose Verbindungen zu der in der EmK Waiblingen verwurzelten Bulgarienhilfe wurden aufgegriffen und man entschied sich den Krankenwagen dem EmK Sozialzentrum in Sumen zur Verfügung zu stellen. Ein Mitarbeiter und der Pastor brachten das Fahrzeug nach Bulgarien. Aus dieser Aktion heraus entwickelte sich eine gute Kooperation zu einem schon bestehenden diakonischen Arbeitszweig unserer Kirche.

#### **6.6 Solidaritätsaktion in Esslingen**

Eine völlig neue Idee für Kapitalanleger zugunsten der Armenhilfe hat ein Freundeskreis des Vereins Heimstatt Esslingen mit seinem "Sozialfonds Esslingen" entwickelt.

Grundgedanke ist die Teilhabe Armer an Börsengewinnen. Das Modell setzt an der Gerechtigkeitslücke der weitgehenden Steuerfreiheit von Kursgewinnen an und soll privates Kapital zur Behebung öffentlicher Not mobilisieren:

1. Eine **Anlage in Aktien / Fonds**, die auch Schwächeren hilft, weil Sie von Ihren Gewinnen eine freiwillige Abgabe für soziale Zwecke leisten.
2. So schließen Sie die Gerechtigkeitslücke der weitgehenden Steuerfreiheit von Börsengewinnen, bei denen nichts mehr nach unten abgegeben wird.
3. **Freizügige Anlageentscheidung** mit Ihrem persönlichen Depotkonto. Lediglich mit einer Erklärung verpflichten Sie sich, von Gewinnen eine Abgabe für die Obdachlosenarbeit von Heimstatt Esslingen abzuführen.
4. Mit Vorlage dieser Selbstverpflichtung führt die Kreissparkasse Esslingen Ihr **Depotkonto kostenfrei** bis zunächst Ende 2003 bei weiteren Vergünstigungen.
5. Der Freundeskreis des Sozialfonds stellt Ihnen auf Wunsch eine **Auswahl von interessanten Aktienfonds** zur Verfügung, bei denen sich erfolgreiche Fondsmanager um die richtige Aktienmischung kümmern. Die Entwicklung können Sie auf einer Gastseite des Freundeskreises im Internet unter [www.heimstatt-esslingen.de](http://www.heimstatt-esslingen.de) verfolgen.
6. Mit Ihrer Abgabe fördern Sie die Arbeit des Vereins Heimstatt Esslingen, der seit 14 Jahren Wohnraum für Menschen ohne Wohnung schafft, diese in Mietverhältnisse aufnimmt und sie auf dem Weg in ein eigenverantwortliches Leben begleitet.
7. Die derzeitige Börsenlage bietet Ihnen **günstige Einstiegspreise** für Aktien und Fonds. Bei speziellen Fonds, die Heimstatt direkt unterstützen, erhalten Sie Sonderkonditionen.

#### **Ihr Gewinn -**

#### **Hoffnung für Ausgegrenzte**

1. Bitte fordern Sie bei Interesse weitere Unterlagen (Selbstverpflichtung, Fondsauswahl) an beim

Freundeskreis Sozialfonds Esslingen

Dr. Reinhold Schneider

Urbanstr. 145, 73730 Esslingen

#### **6.7 Club mit Herz in Pegnitz**

Menschen mit einer Behinderung sind mehrmals im Jahr zu einem geselligen Nachmittag in die Kirchen in Pegnitz eingeladen. Ein ökumenisches Projekt, das die Neulandmission Pegnitz gerne unterstützt. Wenn der Club mit Herz einlädt kommen weit über 50 Personen, die von den zahlreichen Mitarbeiterinnen liebevoll empfangen und bewirtet werden. „Es geht darum die Liebe Gottes in Wort und Tat weiterzugeben“ erläutert eine Mitarbeiterin die Arbeit. Ein kreatives Angebot gehört ebenso zu den Nachmittagen, wie eine Andacht und gemeinsames Singen. Eine schöne Geste am Rande: Die EmK Pegnitz schenkte dem Mitarbeiterinnenkreis zum 20 jährigen Jubiläum eine Einladung zu einem gemütlichen candle-light-dinner.

## **6.8 Projekt Schule in Heilbronn-Frankenbach**

„Jede Gemeinde braucht zumindest einen Bereich ihrer Arbeit und ihres Dienstes, der sie über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinausführt und in dem sie sich engagiert, weil sie Menschen entdeckt, die Hilfe brauchen...“ Dieser Satz findet sich auch im Brief des Bischofs und er scheint mitten hineingesprochen zu sein in Überlegungen, für Schülerinnen und Schüler der benachbarten Hauptschule in Heilbronn-Frankenbach jeweils dienstags zwischen 13.00 und 14.00 Uhr einen einfachen Mittagstisch und auch ein Betreuungsangebot anzubieten (das war im Juni 1999)

20 Schüler und der Rektor der Grund- Haupt- und Werkrealschule Frankenbach haben erstmalig das Angebot des Mittagstischs angenommen, der jeweils donnerstags in unseren Räumen angeboten wird. Ich war wohl an diesem Tag noch mehr aufgeregt als das Küchenteam, das als Menü Spagetti mit Tomatensoße, grünen Salat und eine Quarkspeise zum Nachtisch anbot. Es waren hauptsächlich Kinder der fünften und siebten Klasse die über die Mittagszeit da waren. Bis zu den Weihnachtsferien soll die „Testphase“ andauern. Wir hoffen, dann einen Überblick zu haben, wie stark dieses Angebot angenommen wird.

Bis Juli 2001 haben wir den Mittagstisch durchgeführt und bis zuletzt die Mahlzeiten selber zubereitet!

Danach war seitens der Schule aufgrund der Stundenplangestaltung kein Bedarf mehr

## **6.9 Russlanddeutsche in Rothenbergen**

Zunächst war es die Initiative einer Einzelperson. Heute ist es ein wichtiger Arbeitszweig der EmK in Rothenbergen: die Arbeit für und mit Russlanddeutschen. Offene Augen und ein offenes Herz brachten eine EmK-Mitarbeiterin dazu, eine Hausaufgabenbetreuung für russlanddeutsche Kinder anzubieten und deren Eltern bei Behördengängen oder auch der Wohnungseinrichtung zu unterstützen. In teilweise mühsamer Beziehungsarbeit entstand daraus mit Unterstützung des Pastors ein über die Jahre hinweg wechselndes breit gefächertes Angebot: Jungschar und Jungbläsergruppe, Kirchlicher Unterricht, Theatergruppe, Gesprächskreis mit Sprachförderung für Spätaussiedler, Hausaufgabenhilfe für ältere Jugendliche, offener Jugendclub mit hauptamtlicher Betreuung. Immer wieder fanden durch diese Arbeit Kinder, Jugendliche und Erwachsene in die Gemeinde. Hierbei hat es sich als hilfreich erwiesen, Informationsmaterial in die russische Sprache zu übersetzen.

## **6.10 Begleitung Suchtkranker in Außenwohngruppe**

Im Lebenszentrum in Ebhausen wird nach einer Entwöhnungsbehandlung suchtkranken Männern eine weiterführende Therapie zur sozialen Wiedereingliederung angeboten. Als Übergangsphase danach ist es möglich, in eine Außenwohngruppe zu wechseln, um sich weiter zu festigen und den Übergang zum eigenständigen Leben zu üben. Eine dieser Außenwohngruppen besteht seit einigen Jahren in Kirchartd bei Heilbronn, da das Lebenszentrum dort durch eine Schenkung ein Wohnhaus besitzt.

Pastor Kurt Wegenast, der Leiter des Lebenszentrums, kam auf die Idee, die Heilbronner Gemeindebezirke um Mithilfe bei der Betreuung der Kirchartder Hausbewohner zu bitten. Mit Informationsabenden und Gottesdiensten warb er um Menschen, die - wie er sagte - ein Herz für Suchtkranke haben, und bereit wären, im Rahmen eines Besuchsdienstes den Bewohnern der Kirchartder Wohngemeinschaft „normale“ Kontakte und Gesprächspartner/innen zu bieten.

Seit 1999 nehmen Friedemann Gschwend aus Heilbronn und Marlo Gräsle aus Leingarten diese Aufgabe wahr. Die Betreuung sieht so aus, dass sie (abwechselnd) wöchentlich einen Nachmittag in Kirchartd verbringen.

Meist wird Kaffee miteinander getrunken und geredet. Dabei ist klar, dass die „Betreuer“ weder Sozialarbeiter/in noch Therapeut/in sind, sondern lediglich einen guten menschlichen Kontakt pflegen wollen, so dass die Männer außer ihrer eigenen Gesellschaft und eventuellen Arbeitskontakten auch Ansprechpartner haben, die sie ernst nehmen, sie anhören und die versuchen, gemeinsam mit ihnen manche Probleme und Konflikte in den Griff zu bekommen. Ansprechpartner, die verlässlich für sie da sind. Es ist deutlich zu spüren, dass die Männer diesen Kontakt schätzen und die Besuche positiv sehen.

**Ausschuss Reform der Sozialsysteme, dessen Mitglieder sich aus den Bereichen „diakonische Aufgaben“, „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ und Sozialexperten zusammen setzen:**

**Mitglieder:** Frieder Claus, Gisela Eisele, Margot Fischer, Paul Gräsle (Schriftführer),

Traugott Holzwarth, : Ulrich Jahreiß (Vorsitzender), Karl Ernst Kreutter, Dieter Reinert,

Dr. Karin Schlagenhauf, Walther Seiler, Emil Sigel, Ingrid Stahl, Kurt Wegenast

-